

Ueber den Volksbote.

Organ für die Interessen der werthäufigen Bevölkerung.

Fernsprecher Nr. 926.]

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

[Fernsprecher Nr. 926.]

Der „Ueber den Volksbote“ erscheint täglich abends (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Johannisstraße Nr. 59/52, und die Post zu beziehen. — Preis vierteljährlich Mit. 2.00, monatlich 70 Pf. — Zeitungsliste Nr. 4069a, sechster Nachtrag.

Die Anzeigengebühr beträgt für die vierseitige Petitzelle oder deren Raum 20 Pf., für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungs-Anzeigen nur 10 Pf., auswärtige Anzeigen 30 Pf. — Intervale für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere tags vorher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 220.

Freitag, den 21. September 1906.

13. Jahrg.

Zusammenfassung

Grundsätze oder Pläne?

In der vorletzten Nummer der „Neuen Zeit“ wendet sich Karl Kautsky gegen einen an derselben Stelle erschienenen Aufsatz Fr. Stampfers, in dem dieser an den bestehenden Massenrechtsdiskussion und Taktik des Wahlrechtskampfes vom Standpunkte von Vorschlägen unseres Frankfurter Parteorgans aus kritisiert. Die Vorschläge gingen dahin, bis zur nächsten preußischen Landtagswahl eine immer schärfer werdende Wahlrechtskampftion zu betreiben und dann schließlich mit dem Massenrecht einzuschließen. Kautsky's Gwidierung darauf bewegt sich in diesem Gedankengang:

Eine Wahlrechtsbewegung in Preußen bedeutet den Kampf mit der brutalsten und stärksten herrschenden Klasse der Welt — vor allem mit dem Junkertum. Wie stellt sich Stampfer nun diesen Kampf vor, der in seiner Art ebenso eine Weltwende bedeute wie die russische Revolution? Er versucht dabei ein „planmäßiges Vorgehen“. Eine „revolutionäre Situation“ meint er, sollten wir schaffen, die dem Dreiklassenwahlrecht ein Ende bereitet; es soll gezeigt werden, was die Partei zur Herbeiführung der ersehnten Situation unternehmen, welche Vorbereitungen sie für den Massenstreit treffen, welchen „politisch wichtigen Punkt“ sie für seine Ausweitung festlegen will. Auf den Willen also, nicht auf die Situation, meint Kautsky, kommt bei Stampfer alles an, womit er sich in direkten Gegensatz zu Marx setzt, der nicht im bloßen Willen, sondern in den wahren Verhältnissen das Erlebnis der geschichtlichen Entwicklung sehe. Die Grundsatzfrage, von der der marxistische Politiker ausgeht, ist der Klassenkampf. Die erste Ausgabe des Politikers bestätigt darin, sich über die Uebersicht dieses Klassenkampfes, seine Tendenzen, das Ende, auf das er hinausläuft, klar zu werden. Daraus schöpft er die grundsätzliche Auffassung des Endziels, auf das er in seiner Politik hinauszuwerken hat, und der Mittel und Weise, also der Taktik, durch die auf das Endziel hingewirkt werden soll. Diese sind jedoch nicht stets mit gleicher Sicherheit festzustellen. Bis zu einem gewissen Grade unbedeckender, sind diese Wörter in der kapitalistischen Gesellschaft überdies aber rasch wechselnd, da sie ja in beständiger Umwälzung begriffen ist, immer wieder neu, noch unerkannte, unerprobte Elemente erzeugt. Ein Politiker, der die gegen den Verhältnisse als einen feststehenden Faktor seines Verteilungsauftrags ansieht, habe auf Sand gebaut. Ein Altonaerplan lasse sich daraus nicht erwerben, noch weniger die Forderung, die einmal gesetztes Wahlrechtswesen“ um jeden Preis und ohne Rücksicht auf die Verhältnisse durchzuführen. Freilich gebe es Situationen, wo man auch Niederlagen wagen müsse, aber nur ein Narr provoziere Situationen, die zu einer Niederlage führen müssen. Feste Pläne ließen sich nur für beschränkte, genau zu überblickende Absichten entwerfen; der politische Massenlenker dürfe sich also nie in einen bei einem Blatt festen Platz festlegen, müsse vielmehr das Vorhergeschehene stets sofort in Rechnung ziehen. Für Aktionen auf Jahrzehnte hinaus gebe es nur einen sicheren Maßstab: unsere Grundsätze.

Marx und Engels — so führt Kautsky fort — verwandten ihre ganze Geisteskraft auf das Studium der tatsächlichen Verhältnisse, um aus ihnen das Ziel und die Mittel zu jeder Gewaltigung immer klarer abzuleiten, das Proletariat da über aufzufüllen und zu organisieren, damit es die nötige Einsicht und Kraft besitzt, jeder Situation gewachsen zu sein und sie rasch auszuhandeln. Sietz posten sie ihr Handbuch der Situation an, ohne Rücksicht darauf, revolutionäre Situationen schaffen zu wollen. Nach der Niederschlagung der Revolution von 1848 waren Marx und Engels unter den Revolutionären die ersten, die aus dem Studium der ökonomischen Entwicklung an der Einsicht gelangten, daß die eingetretene Ära der Proprietät der Revolution zuächst ein Ende mache. Die ethisch-ästhetischen Revolutionären, die Louis Blanc, Marx, Ruge, Kautsky, Willich usw. wendeten sich mit massenhafter Entzündung gegen diese „krämervorhohe brachiale Kallalotia“ und fuhren fort, mit Überflutung dem Volke seine Schmach vorzuhalten und alles aufzubieten, um revolutionäre Situationen zu schaffen. Aber klassisch haben sie erhabensten Ausdrücke politischer Entzündung dieser „Ritter vom edelmütigen Gewissen“, wie Marx einen von ihnen nannte, nicht den mindersten Erfolg. Die krämervorhaften Kalkulatoren behielten recht.

Durch den Erfolg von Marx und Engels wurde in der deutschen Sozialdemokratie der Geschichtsökonomismus sehr zurückgedrängt. Aber ganz verschwand er nie, und er macht sich wieder stark bemerkbar unmittelbar nach Erscheinen des Sozialstengesetzes. Ja, das war noch ein ganz anderes Attentat auf die Würde des Proletariats als der Hanburger Wahlrechtsraub. Wenn ja, war damals die Verabschiebung gegeben, eine revolutionäre Situation zu schaffen, selbst um den Preis einer Niederlage. So dachte auch da-

mals Johann Ross und Hasselmann, zwei höchst begabte Journalisten, die zu unseren besten Freunden gehörten. Aber es war auch geschulte Partei kalkulierte lärmhaft genug, ihnen nicht zu folgen und das Sozialstengesetz in der der Situation angeposchten Wiss zu bekämpfen, bis zu dem Tage, da die Situation ihr erlaubte, es zu zerbrechen.

Auch jetzt hat der Presbyterstand dieser Auffassung entsprechend gehandelt. Seine Massenstreitresolution in Frankreich nicht einem geheimen Kriegsplan, der Absicht ist eine befriedbare Aktion zum Stützen des Jurisdiktions zu eröffnen, sondern sie war dictiert durch die Erkenntnis der gegebenen Situation, die die Gegenseite in Deutschland immer zu spürt, es kann leicht möglich machen, daß irgend ein gewaltiges Ereignis uns vor Aufgabe stellt, durch wir mit den bisherigen Mitteln nicht genügen, es zu verhindern müssen, diese durch Massenstreit zu ergänzen.

Stampfer beruft sich auf unsere russischen Brüder, die mit Schwert und Blut die revolutionäre Situation schaffen müssen. Aber die russischen Sozialdemokraten, die Epilog von Plecharoff, die Leningrad und Petersburg, haben diese Auffassung von den Aufgaben der russischen Revolutionäre stets zurückgewiesen. Unsere russischen Brüder wissen sehr wohl, daß nicht eine planmäßige vorbereitete Aktion die revolutionäre Situation Russlands geschaffen hat und noch weiter schafft, sondern daß das durch gesellschaftliche Verhältnisse bewirkt wird, die eigentlich bereitgestellt und zu verhindern kein Mensch, keine Organisation vermag. Die heutige revolutionäre Situation wurde geschaffen durch die industrielle Entwicklung, die ein Proletariat hervorrief, welches der politischen Freiheit dringend bedarf. Sie wurde geschaffen durch die landwirtschaftliche Entwicklung, die die bauerliche Landwirtschaft ruinierte und die Bauernschaft zur Bezwiegung brachte. Sie wurde geschaffen durch den Rückgang des Staatsstaates, die den Bankrott unserer Städte entzogenen. Sie wurde geschaffen endlich durch Roter, der die Korruption, die Unfähigkeit, die immensen Schädlichkeit des Absolutismus für die britischen Volksschäfte zu Tage brachte und diese aus äußerste empföhlt.

Diese russische Zusammenfassung ist aber auf kein Land in gleichem Maße zuträglich als auf Deutschland, wo der russischen Revolution nicht nur geographisch am nächsten steht und durch die polnischen Unruhen mit ihr zusammen ist, sondern wo auch die Stellungspersönlichkeiten viel schroffer zugespitzt sind als in irgend einem Lande Europas. Deutlich fällt die russische Zusammenfassung zu seinem Vaterland der allgemeinen ökonomischen Krise, die jetzt sehr fällig wird, und die um so deutscher wirkt, als jünger die vorhergehende Periode der Prosperität gewesen, vielleicht wird der russische Bankrott sogar der Höhepunkt dieser Krise. Auf keinen Fall wird es in den nächsten Jahren an Bündstoff fehlen, nichts muß man auf große und schwere Kämpfe gefaßt und gefüllt sein. Deshalb, weil die Verhältnisse revolutionäre Situationen schaffen, nicht weil wir planmäßige revolutionäre Situationen schaffen wollen, ist es dringend notwendig, den Massenstreit zu durchführen. Wie müssen darauf gestellt sein, daß unzählig über Nacht, eine Situation hereinbricht, die ihn unerträglich macht. Da heißtt den Massen vorher schon klarheit über diese neue Waffe bringen.

Man glaubt ja nicht, daß nur über alles vorbei sei, und wie uns ruhig schlafen legen müßten. Nein, die Revolution in Russland hat erst angefangen, es wird noch weit besser kommen, und dann grüßt auch Deutschland wieder in jüngere Bewegung. Alle jene Brüder, die jetzt im Juli und August, höchstlich vom unterdrückten Tatendrang des Januar beeinflußt wurden, werden noch Gelegenheit finden, ihm Lust zu machen. Aber allerdings, wenn sie freudig und wilken wollen, müssen sie vor allem ihre Hoffnung aufgeben, als könne man historische Situationen durch planmäßig vorbereitete, für einen bestimmten Termin angelegte Aktionen noch belieben schaffen. Diese Auffassung ist etwas als eine Wiederauflösung des alten Putzschmaus, bloß aus der Sprache des bewaffneten Aufstandes in die des Massenstreits übergetreten.

Na, die tatsächlichen Verhältnisse sind das Erlebnis der geschichtlichen Entwicklung. Sie zu begreifen, um ihrer entsprechend zu handeln; nicht Situationen vorbereiten und schaffen, sondern uns selbst vorbereiten durch Ausbildung und Organisation, um allen Situationen gewachsen zu sein. Da von Faktoren geschaffen werden, die mächtiger sind als jedes Individuum, jede Organisation von Individuen: das ist unsere Aufgabe.

Politische Nachrichten.

Deutschland.

Na also! Ja der „Kölner Volkszug“ erklärt der Abg. Erzberger, es sei nicht wahr, daß er einem Feuerwehrgegenüber gesagt habe, Deutschland würde am besten tun, die Rotfronten aufzugeben. Er ist Ihnen die verantwortlichen Männer des Buntums-Régierungspolitik wieder erleichtert aufzutragen.

Von unseren „herlichen“ Kolonien. Die „Gef-

big.“ erhält aus Kamerun folgende Nachrichten: „Im Lande herrscht Armut, zahlreiche Sterbefälle kommen vor und natürlich leben gerade die Einwohner in Not, denen die Hütten zwecklos gebaut werden sind, aber noch immer nicht die geringste Entschädigung zuteilt wurde. Eine Woche dreimal müssen sich der Alte und seine vier Großhäuptlinge im Gouvernementgebäude stellen, damit festgestellt werden kann, daß sie nicht in den Busch geslossen sind und dort auf verloren, die Einwohner gegen die Regierung aufzuhören. Diese Maßregel hat im Gefolge, daß die fünf Häuptlinge nicht standen sind, irgendwelche Reisen wegen ihres Haabes zu machen.“ — Das sind die „Gedanken“ der deutschen Kolonialkorruptionspolitik!

Im Reichen der Fleischnot. Der Deutsche Fleischerverband hat, nach der „Deutschen Fleischzeitung“, an den Landwirtschaftsminister 2 Petitionen geschickt. In der ersten erklärt er, daß die deutschen Schweinebestände durch Überzüchtung und falsche Haltungswweise degeneriert und schlechtempfänglich sind. Es verlangt daher, daß für die deutsche Schweinezucht Förderung stattfinden eingebracht und die zum Verlauf gestellten Schweine verbot gezeichnet werden, daß ihre Herkunft genau festgestellt werden kann. Es verlangt ferner die Fleischbeschau auch für Hausschlachtungen und allgemeine Stallkontrolle zu Lasten der Viehhälter. In der zweiten verlangt es, daß das aus Russland in den deutschen Bereich zuführende Schweinekontingent nur an eine bestimmte Mitglieder abgegeben wird, die ein offenes Zeugnis darüber haben und den Meisterschulden führen dürfen. — Die leichte Förderung bringt den Deutschen Fleischverband in den Verdacht, daß es ihm nicht allein um die Erhaltung der Fleischnot zu tun sei. Gegen die Förderungen, die den Viehhältern Kosten auferlegen, wird sich die Garde der Fleischwucherer auf die Hüterweine setzen. Die Folge wird sein, daß alles beim „guten Alten“ bleibt: Die Fleischauszehrer führen ihre Brüder und befreunden für den Arbeitmarkt. Fleisch ist kaum noch zu erschwingende Delikatessen.

Spät kommt sie — doch sie kommt. Die Erfolge der Rötzjana ist nämlich. So lesen wir in der „Sächs. Ztg.“ in einem Artikel über die verlorenen Kaiser-Mäntel folgende Sätze:

„Es möge bei dieser Gelegenheit noch erwähnt werden: die Uniformfrage. Die unten aufgeführten der Kavallerie sind im Heitalter des russischen Krieges und bei weittragenden Feuerwaffen nicht mehr kriegsfähig: auf mehrere Kilometer konnte man nicht nur bei Sonnenlicht, sondern auch bei bedecktem Himmel die welchen Völker der Kavallerie erkennen, die den feindlichen Feuer das denkbare beste Zielen gestatteten. Ach die graue Uniform, welche zwei Flügelobjekten trugen, war durch ihre porzellanartigen Krallen und Aufsätze auf weite Entfernung sichtbar; besser gegen Sicht geschützt waren die blauhaarigen, grün besetzten Uniformen des Jagdkorps. Das Kürschnerei, wie eine Uniform nicht beschaffen soll, boten die seimben Kavalleriearten, die ob in Kavallerie oder größeren Gruppen zusammenstellend, mitihm zu erkennen waren; eine Kavallerie bildeten nur die von oben bis unten in olivgrün breites Kopftuch und rotfarbenes Leder gekleideten Offiziere aus den Vereinigten Staaten von Nordamerika und aus Japan. So befriedigend die fast jedes blanken Abglanzbare waren die uniformen Uniformen unseres Auges im ersten Weltkrieg erschien, sie schreckt doch nicht unfehlbar aus und man gewöhne sich bald an sie. Überhaupt können wir in dieser Beziehung wohl mehreres von der Uniform annehmen, als deren Offizieren sich bei Kaiser stets sehr angesehnlich auf dem Marschvergnügen unterhielt.“

So lange bleibt das Jahr für Jahr im Reichstage in noch viel beweitfähigster Weise vorstricken, gingen die Kriegsfaulier darüber als über Pyramide produkte eines Reichsgerichtes höhnisch lächelnd. Sie treibt sie die Erwiderung dazu, unsererem Gedanken nachzuhoppen, was es sich seit dreißig Jahren „an den Schulhöfen abgespielt“ hat. So wird es die Gewaltbehörden mit noch vielen anderen Dingen gehen:

Gleichsteuerung, Buntum und Agrarier. Die „Königsberger Volkszeitung“, das führende Organ des Buntums in Westdeutschland hat eine Botschaft an die katholische „Sozialpolitische Korrespondenz“ verhofft, in der es heißt, es sei hohe Zeit, daß die Regierung in Sachen der Gleichsteuerung aus dem Stadium des Zusehens und der Erwägung herauskomme; die Konservativen verhindern dieses Bawarten nicht mehr; sie seien der Meinung, daß, wo ein Wille sei, sich auch ein Weg finde, und sie hätten recht. Das Organ des Bundes der Landwirte ist durch diese Aussöhnung sehr beruhigt; es schreibt, das Buntumblatt „hätte sagen müssen, nach für die

Regierung kein anderer W. g. offen und gangbar sei, als der der Ausschaltung des übermäßigen Zwischenhandels". Die "Germania", das Berliner Zentrumblatt, geht zum Entzügen des Bündlerorgans noch einen Schritt weiter als die "Köln. Volksitz"; sie fordert, daß die Öffnung der Grenzen in Erwügung gezogen werde. Dieser Forderung gegenüber kann das Bündlerorgan sich nicht anders helfen, als indem es die alte frivole Flugzeuge wiederholt, "daß die Öffnung der Grenzen, selbst wenn sie möglich wäre, keine wesentliche und dauernde Verbesserung, sondern wahrscheinlich indirekt eine weitere Steigerung der Fleischpreise zur Folge haben würde". Schließlich meint das Blatt: "Es ist bedauerlich, daß ein Zentrumblatt von der Bedeutung der "Germania" sich durch die Schlagworte von der Öffnung der Grenzen hat abspielen lassen. Wir glauben vor der Hand noch, daß die Ausschauung der "Germania" in der Zentrumspartei nur vereinzelt getestet wird, halten es aber trotzdem für nötig, daß die dem Zentrum nahe stehenden Landwirte ihre Presse mit der gebotenen Entschiedenheit auf die große Gefahr aufmerksam machen, die mit einer Grenzöffnung verbunden sein würde. Schon jetzt geht die Landwirtschaftssfeindliche Presse mit den Zentrumsauführungen kreisen; und die Gefahr liegt vor, daß diese Kreise an gewisser Stelle Erfolg haben könnte". — Die "landwirtschaftssfeindliche" Presse ist bekanntlich die, die sich die Belästigung der agrarischen Verbrechen am Volke angelegen sieht.

Pobbielski und Wilhelm „der Große“. Am 22. Mai 1874 erließ Kaiser Wilhelm I. eine neue Verordnung über die Ehrenrechte der Offiziere im preußischen Heere. In der Einleitung finden sich folgende Sätze: "Von allen Handlungen, welche dem Ruf des Einzelnen oder der Großenschaft nachteilig werden können, besonders von allen Ausschweifungen, Trunk und Hofspiel, von der Übernahme solcher Verpflichtungen, mit denen auch nur der Schein unrechtmäßigen Benehmens verbunden sein könnte, vom hochmütigen Büchsenpiel, von der Teilnahme an Erwerbsgesellschaften, deren Zweck nicht unanständig und deren Ruf nicht tabellös ist, sowie überhaupt von jedem Streben nach Gewinn auf einem Wege, dessen Lauterkeit nicht klar erkennbar ist, muß der Offizier sich weit abhalten." — Wilhelm I. scheint, nach den obigen Sätzen zu schließen, Pobbielski Geschäftsmann vorausempfunden zu haben. Aus den Worten „weit abhalten“ geht auch hervor, daß Pobbielski Rücksicht, seinen Anteil seiner Sophie zu übertragen, nicht im Sinne Wilhelms „des Großen“ war.

Man könnte auch anders. Zur Erläuterung der Geschäftsweise der Kolonialverwaltung wird der "Weltspiegel," das folgende, rein geschäftliche Gespräch einer Hamburger Firma zur Kenntnis gebracht: "Mit Gegenwärtigem erlauben wir uns, Ihnen 563 Kisten Milch anzubieten, welche ursprünglich für das Etappenkommando oder Schützen für Deutsch Südwestafrika bestimmt waren, aber beansprucht wurden, weil die Kisten zu viel Millimeter zu dünn sind. Wir erlauben uns nun die ergebene Frage, ob Sie eventuell geneigt sein würden, uns diesen Posten abzunehmen und lassen wir die näheren Details folgen. Es sind 463 Kisten homogenisierte Naturmilch à 24 Dosen à 1 Liter, 100 Kisten sterilisierte Naturmilch à 48 Dosen à 1/2 Liter, welche wir zu 10 Mark per Kiste, feste Käte Hamburg, inklusive Kisten abgeben würden. Die Regulierung würde netto Kasse ohne Skonto bei Empfang der Ware zu erfolgen haben. Die Milch dieser Genossenschaft (Molkeret Göstorff E. G. m. u. H. in Ebstorf) hat noch in diesem Jahre in Berlin die höchste Auszeichnung, „Goldene Medaille“ erhalten. Die Genossenschaft gibt volle Garantie, daß sich die Milch in jedem Klima hält, und während des Transportes usw. hält. — Diese peinliche Genauigkeit hat die Kolonialverwaltung anscheinend nur denjenigen Firmen gegenüber zur Anwendung gebracht, die nicht den Namen Tippelskirch u. Co. führen.

"Heimatstüblich." Die Nr. 73 des "Weltspiegels", einer Beilage zu Rosses "Berliner Tageblatt", brachte eine ziemlich unruhige Photographie zum Abdruck. Die Unterschrift lautet: "Ein Strafvollzug in Deutscher Staatskasse", und als Tzt war hinzugefügt: "Ein Einwohner erhält wegen Diebstahls seine „Zurückzuzahlung“. Die Sache hat für die Schweden nicht besonderes Interesse an sich, da sie die heimatsüchtige ist. Der die Brücke austretende Soldat gehört der Einwohner-Schutzauppe an." — Die reproduzierte Photographie ist zweifellos echt: Ein "malerischer" Hintergrund. Vor einer tief "malerischen" Holzbaracke hochausgerichtet der Schützenpräfekt, der in der erhobenen Rechten einen etwa meterlangen und ziemlich lästigen Prügelknüppel hält. "Gewißlich" schadenfroh blickt er auf sein Opfer nieder, das mit entblößtem hinteren Körperteil über ein Faß oder etwas Ähnliches aufgestreckt ist. Zwei Schwarze halten seine Beine, ein anderer seine Arme. Wenn der "Weltspiegel"-Photograph dieses "Gruppenbild" auf seiner Platte festgehalten hat, geht das Prügeln los. Der Mann erhält seine "heimatsüblichen Fünfundzwanzig". Wir müssen gestehen, daß das Bild und die grausamen Worte, die die Rosses Redaktion ihm widmet, einen geradezu widerwärtigen Eindruck machen. Das in den deutschen Kolonien geprägt wird, ist ja längst kein Geheimnis mehr. Hat doch Ross auf Neuginea selbst einen Weißen von Einwohnern mit dem kulturturzenden Knüppel bearbeiten lassen, und findet man doch selbst in den amtlichen Berichten über die Kolonien ausführliche statistische Berichte über den "heimatsüblichen" Strafvollzug durch Prügel. Aber das ist "liberales" Blatt, sich nicht schämt, Deutschiands Schande imilde festzuhalten und lediglich ein paar gleichgültige Worte hinzuzufügen, kann nicht anders als roh gebraucht werden. Gerade diese Gleichgültigkeit gegen solche Abschändlichkeiten ist verhängnisvoller noch als Verfahren derer, die sie ausführen lassen. — Bewerben wollen wir außerdem noch, daß man trotz der Bezeichnung als "heimatsüblich" nicht etwa annehmen darf, die Einwohner hätten kein Empfinden für das Unwidrige und Großdringende der in den Kolonien gelübten Anwendung der Prügelstrafe. Von den verschiedenen Seiten ist schon darauf hingewiesen worden, daß die Verbreitung deutscher Kultur und Freiheit mit Hilfe des Knüppels mit zu den Ursachen der Eroberungen in Ost und Südwestafrika zählt.

Worte, nichts als Worte. Bei der Gründung des Düsseldorfer Oberlandesgerichts führte Herr Beseler, Jäger-

minister von Königs Gnaden, aus, wie das Recht in die feinsten Übern des öffentlichen und privaten Lebens eines Volkes einbringe, überall regelnd, ordnend und sowohl nötig, zwangsläufig, so müßten auch die weit umfassenden der Rechtfertigungsleben einrichtungen den ganzen Bau des Staates durchdringen, damit jederzeit die Kraft und die Macht des Rechtes zur Geltung kommen könnten. Ebenso wie das Leben des Volkes sich immer neu gestalte in den Beziehungen der Einzelnen zueinander, so müßte auch das Recht fortwährend, und so müßten auch seine Normen und die zu seiner Handhabung nötigen Einrichtungen fortentwickelt werden. Dem Gedanken, daß veränderte Zustände auch eine neue Fassung der rechtlichen Vorschriften fordern, verschlossen sich auch die Organe der Staatsverwaltung nicht, welche berufen seien, dafür Sorge zu tragen, daß diese Vorschriften nicht veralten. — So sprach der selbe Justizminister, der bekanntlich im preußischen Dreiklassenparlament offen der Klasse in Justiz das Wort redete. Wer lacht da?

Zentrumsmachtlichkeit. Die jüngste Entwicklung in Deutschland, so das neue Schulgesetz und diverse Reden, in denen der Klerus gefeiert wird, veranschlägt die Schwarzen, immer breitler ihr Haupt zu erheben, immer mehr den Anschein zu erwischen, als seien sie unentbehrlieblich, immer zahlreichere Forderungen zu stellen, die ebenso frech als verrückt sind. Nachgerade sind wir so weit gekommen, daß das Zentrum katholische Turnlehrer und katholische Handarbeitslehrer verlangt. In Ludwigshafen am Rhein war an einer konfessionell gemischten Schule eine Handarbeitslehrerinfanterie vorhanden. Der Stadtrat berief in die Stelle einen Protestant. Sicherlich nicht, weil sie Protestant war, sondern weil sie für die Stelle hervorragend qualifiziert war. Die Regierung der Pfalz bestätigte die Wahl. Dabei aber hatte sie die Rechnung ohne die vier katholischen Stadtpfarrer gemacht. Die Herren verlangten eine katholische Handarbeitslehrerin, zumal da von zehn Arbeitslehrerinnenstellen "bereits" sieben mit protestantischen Kräften besetzt seien. Entsetzlich! Wahrscheinlich hat dieses furchtbare "Un Glück" seinen Grund darin, daß sich diese sieben katholischen Kräfte für das Amt besser qualifiziert gezeigt haben, als die etwaigen Mitbewerberinnen aus dem konfessionsgegnerrischen Lager. Denkt daß der Stadtrat von Ludwigshafen die Absicht haben sollte, auf dem Umweg über den Handarbeitsunterricht die Katholiken Ludwigshafens zu ärgern oder gar die katholische Kirche auszurotteten, das können wir uns nicht recht vorstellen. Das bayerische Ministerium wies die Beschwerde der vier Geistlichen ab. Es gab zu verstehen, daß es die für den Vorschlag des Stadtrates maßgebenden Verhältnisse würdigte. Insbesondere wurde mit Rücksicht darauf, daß die neue Handarbeitslehrerin auch im Turnen geprüft ist, deren vielseitige Verdienste anerkannt. So blieb also die Qualifikation der Lehrerin, wie es einzlig und allein in der Ordnung ist, das ausschlaggebende Moment. So weit wäre die Sache ja vernunftgemäß erledigt worden, aber nun kommt noch ein Nachschlag. Ja denselben Moment, in dem das Ministerium die vier Pfarrer mit ihrer Abneigung gegen das protestantische Stricken, Nähnen und Häkeln abblitzt, gab es auf Grund einer Entscheidung vom 24. Juli 1903 der "Erwartung" Ausdruck, daß der nächsten Besetzung einer Handarbeitslehrerinfanterie nicht so sehr die Qualifikation vor ansteht (!), sondern auf die Beseitigung des zurzeit bestehenden "Misshandlung" in der Zahl der protestantischen und katholischen Kräfte Rücksicht nimmt und eine katholische Bewerberin in Vorschlag bringt! — Also das nächste mal heißt es: Qualifikation Nebenstelle Nur, damit ein österreichisches Bahnenprinzip gewahrt werde, soll die weniger tüchtige Lehrerin der tüchtigeren vorgezogen werden. Wie beschämend, bezeichnend für den Geist, der in modernen Kulturstaaten noch umgeht, wenn es sich um die objektive und gerechte Würdigung vor der menschlichen Arbeit und der menschlichen Tüchtigkeit handelt!

Die Bestimmungen über die Fahrkartensteuer führen zu den seltsamsten Konsequenzen. So ist der "Frei. Ztg." ein von der Eisenbahndirektion in Mainz ausgestelltes Rundschreiben vorgelegt worden, das im Übrigen für die dritte Klasse aufgestellt ist und nur für eine einzige Strecke einen von zweiter Klasse enthält. Der Gesamtpreis beträgt 69,90 Mk., und davon entfallen auf die 2. Klasse nur 8,90 Mk. Trotzdem ist für das Rundschreiben eine Steuer von vier Mark erhoben worden, also ebensoviel, als wenn das Recht durchgängig für die 2. Klasse Gültigkeit hätte. Diese Steuerberechnung entspricht allerdings dem Gesetz, denn dort heißt es in der Nummerung zu Tarifnummer 7:

Berechtigt eine Fahrkarte nach Wahl des Reisenden zur Benutzung der Eisenbahn oder des Dampfschiffes, so hat die Stempelberechnung unter Berücksichtigung derjenigen Beförderungsweise zu erfolgen, die den höheren Stempelbetrag ergibt. Die Befreiung findet entsprechende Anwendung, wenn eine Fahrkarte (Fahrkarte ist) zum Teil zur Benutzung einer niedrigeren, zum Teil zur Benutzung einer höheren Wagenklasse berechtigt.

Das vorliegende Beispiel zeigt, welche Einschränkungen sich aus dieser Befreiung ergeben. Wäre das Rundschreiben nur für die dritte Klasse gültig, so würde es 2 Mk. Steuer kosten. Auf der einen Kupon zweiter Klasse, der einen Wert von 8,90 Mark hat, ruhen also nicht weniger als 2 Mark Steuer. So verlangt es die Gesetzgebungswidrigkeit der Majorität unseres Reichstags!

Die reichstädtischen Bezirkstagswahlen haben für die Sozialdemokratie noch größere Erfolge gebracht, als es nach den ersten Nachrichten schien. Unser Parteiblatt in Mülhausen schreibt: "In den zwei Mandaten, deren Erwerbung der Partei bei der Nachwahl vom nächsten Sonntag so gut wie gesichert ist — wir meinen die Mandate von Gebweiler und Schiltigheim — kommt nach den jetzt vorliegenden noch ein drittes: Im Kanton Geispolsheim, zu welchem das industrielle Grosstadtgebiet gehört, erhält nach der vorläufigen Zusammenstellung unserer Hoffmann aus Straßburg 1324 Stimmen, der Zentrumskandidat 1206 und der liberale Dr. Marx 878. Der konfessionelle Gegensatz in dem Kanton hängt mit ziemlicher Gewissheit dafür, daß die Mehrzahl der liberalen (protestantischen) Stimmen bei der Nachwahl am nächsten Sonntag nicht dem Zentrumskandidaten zufließt, so

dah daß das Mandat unserer Partei sicher ist. Das Gesamtergebnis im Kanton Schiltigheim ist: Fuchs (Soz.) 1943, Diebolt-Weber (Lib.) 1293 und Albert (Bapt.) 1170. Die Wahl von Fuchs ist bei der Nachwahl am nächsten Sonntag gesichert." — Die sogenannten Nachwahlen finden in Elsaß-Lothringen nach dem französischen System statt. Es findet also keine Stichwahl statt, sondern alle an der Hauptwahl beteiligten Kandidaten können wieder konkurrieren, wobei die relative Mehrheit entscheidet, während im ersten Wahlgang die absolute Mehrheit entscheidend ist.

Vorarlberg.

Etwas 20 000 Menschen sind nach den neuesten Berechnungen seitens der Bluthunde seit dem 22. Januar 1905 abgeschlachtet worden. Ob damit die Zahl der Opfer erschöpft ist, muß bezweifelt werden. Immerhin ist die hier angegebene Zahl schon so erschreckend hoch, daß sie eine durchbare Anklage gegen die Henkershölzer und deren Helfershölzer darstellt. Das Blut der 20 000 schreit rächtend zum Himmel.

Der neue Beherrscher des Selbstbeherrschers. Ein Korrespondent der "Woss. Ztg." erfährt aus bester Quelle, daß gegenwärtig möggebenden Einfluß General Paulovow ist, der berüchtigte Chef der Militärjustiz, dessen Auftreten in der Duma zu einem Skandal führte und Pawlow zwang, unter den Rufen "Herrler! Mörder!" den Saal zu verlassen. Den Text des Gesetzes über die Feldgerichte hat Pawlow eigenhändig geschrieben. Zur Charakteristik des leidigen Lages dient die Tatsache, daß dieses Gesetz ohne vorherige Kenntnisnahme seitens Stolypins in Peterhof gebilligt wurde, so daß der Ministerpräsident bei der Veröffentlichung vor einer vollendeten Tatsache stand. Der Gesetzentwurf scheint im Ministerrat auch nicht nachträglich diskutiert worden zu sein. Nur noch die Verwaltung liegt im Ministerium, alle politische Initiative in Peterhof.

Blutarbeit. In Helsingfors wurden am Dienstagmorgen gemäß einem Spruch des Kriegsgerichts siebzehn Matrosen der Swabinger Marinekompanie erschossen. Von den übrigen Angestellten wurden 80 zu Zwangsarbeit von verschiedener Dauer und zur Versetzung in das Disziplinarbataillon verurteilt. Elf Angestellte sind freigesprochen worden. — Wie aus sicherer Quelle mitgeteilt worden ist, werden in den Gefangenlager kurzweg ermordet. Neulich wurde gemeldet, in Petersburg sei die Untersuchungsgefangene Siminowa von einem Wachposten erschossen worden bei dem Versuch, mittels eines Bandsadens einem anderen Gefangenen etwas zu übermitteln. In Wirklichkeit verhielt es sich so, daß die Siminowa einsam am Fenster stand und nicht einmal auf den Hof sah. Sie wurde von dem Wachposten von hinten her erschossen, ohne im geringsten Anlass gegeben zu haben; sie war auch gar nicht angerufen worden.

Als ein rechter Feigling entpuppt sich immer mehr Zar Nikolaus. Er ist nicht, wie man zuerst der Welt glauben möchte, zur Beerdigung Trepows gekommen, sondern hat sich hilflos in den finnischen Schären verkrochen, um "vor Attentaten" gefürchtet zu sein. Er wird dort wahrscheinlich noch längere Zeit verweilen.

Gericht. In Warschau wurden auf der Bielastraße gegen den vorübergehenden Oberst Nikolaiewski, den Kommandanten eines Artillerieregiments, von Unbekannten mehrere Revolverschläge abgefeuert. Der Oberst fiel tot nieder. Er wurde ermordet, weil er unlängst mehrere Artilleristen wegen Meuterei dem Kriegsgericht übergeben.

Die zarischen Massenmörder auf der Mörderwerbung. Immer lauter werden die Hilfesuch aus Russisch-Polen, immer bestimmter die Meldungen, die von der Vorbereitung einer ungehörlichen Juden Schlächterei in Warschau sprechen. Das Telegramm unseres Geöffneten Daseyns ist durch folgende Meldung, die dem Hilfsverein der deutschen zuging, bestätigt und bekräftigt. Es erhielt den entzücklichen Bericht von einer vertrauenswürdigen Persönlichkeit in Warschau in angesicherter Stellung. Er lautet:

Warschau, 14. September.

"Meine teuren Freunde! Es ist bekannt geworden, daß ein schreckliches Blutbad den Juden in Warschau bereitet wird. Es steht dies fest. Wir haben das von einigen liberalen russischen und polnischen Offizieren erfahren. Auch jüdische Soldaten erzählen das dasselbe. Die Chefs der hierigen Regimenter haben in den Kasernen alle Soldaten (die Juden ausgeschlossen) versammelt und hielten vor ihnen heftige, aufzählerische Reden gegen das Judentum im allgemeinen und insbesondere gegen die Warschauer Juden in bestarter Art und Weise. Über nahe sei der große Tag, den der Zar selbst festgesetzt hat, an dem die Abrechnung mit den Gottverhaschten endlich stattfindet, um aus ihren Händen sein Volk, seinen Glauben und sein Land zu retten. So sind denn bereit." 90 000 Kubel sterben von allerhöchster Stelle zur Verteilung unter die in Polen dienenden Soldaten bestimmt, zum Zeichen der allerhöchsten Anerkennung ihres treuen Dienstes." Kurz, es unterliegt keinem Zweifel, daß uns ein schreckliches Blutbad bevorsteht. Wir sind hier ganz wachlos. Alle Türen sind vor uns verschlossen. Unsere einzige Hoffnung sind unsere Brüder und edle zivilisierte Christen im Westen. Das Schwert hängt über unserem Hals, die Todesgefahr schwelt vor unseren Augen. Um Gottes willen rettet, helft.

Lasset die Presse Ihre Stimme erheben. Erweckt alle Männer der Scharf und der Tat, alle, die ein Herz besitzen. Redet zu den Großen. Wirket ein auf jedermann, der Einfluß und Macht besitzt. Lasset nach Petersburg drinnen (wir sind aus ist es unmöglich). Luet was Euch möglich ist. Rettet die größte jüdische Gemeinde vor Tod und Verheerung, behüte Gott. Ich unterzeichne meine Namen nicht aus selbstverständlichen Gründen. Ihr kennt aber meine Handschrift."

Der Hülfsverein der deutschen Juden fügt hinzu: "Wir können leider nach dem, was geschehen, an dem durchbaren Ernst der Lage nicht zweifeln. Es scheint uns, daß der Augenblick für die Regierungen des zivilisierten Europa gekommen ist, ihre Aufmerksamkeit Vorgängen zuzuwenden, die nicht nur vom menschlichen Standpunkt aus entsetzliche sind, sondern die zugleich eine große politische und wirtschaftliche Rückwirkung auf Europa haben müssen."

Auch dieser Appell an die wirtschaftlichen Interessen der deutschen Bourgeoisie, den der letzte Satz enthält, wird vergebens sein. Die „Rhein-Westf. Zeit.“, das Organ der Höheren junger, hat bereits erklärt, daß Deutschland, um den Export nach Russland nicht zu verlieren, die Empfindlichkeit der Herrschenden in Russland nicht durch überflüssige Entwicklung über gemarterte und getötete Juden (jeglichen Alters und Geschlechts!) verlegen dürfe. Um der Greuel der zaristischen Massenmörder aber werden die Siegerungen des globalisierten Europa sich nicht einmal zu ein paar platonischen Worten des Proletariats aufstellen. Ja, wenn es sich um eine Intervention für die Mörder handelt, gegen die Freiheitskämpfer, gegen das russische Volk. Das wäre etwas anderes!

Niederlande.

Dalles, Dalles über alles! Das niedersächsische Budget sieht einen Fehlbetrag von 8230000 Gulden vor. Die erhöhte Stempelsteuer auf Wertpapiere wird eine Million einbringen; trotzdem ist die Regierung genötigt, zu beantragen, daß der Aufschlag von 10 Centimes auf Kapital- und Einkommensteuer auf ein Jahr verlängert werde.

Wahlrechtsdemonstration in Amsterdam. Am letzten Sonntag hielt das holländische Proletariat seine jährliche Demonstration für das allgemeine Wahlrecht, dieses Mal in der Hauptstadt Amsterdam. Aus kleinen Anfängen heraus, so wie der „Bremer Bürgerzeitung“ geschrieben, von Jahr zu Jahr wachsend, hat die Forderung der holländischen Arbeiterschaft, für die das organisierte Proletariat an der Spitze kämpft, sich zu einer großartigen, ausschließlich proletarischen Klassenbewegung entwickelt. Alle bürgerliche Auch-Demokratie ist nunmehr endgültig von ihr ausgeschieden und hat sich auf die Sechtheit ihrer phrasologisch-ethischen Begriffsverwirrung zurückgezogen. Es sind dies die Freiheits-Demokraten mit ihrem Anhänger, der unbewusst aber bedeutungslosen Gruppe von Arbeitern und kleinen Leuten, dem Werklebenverband, dessen verbündete Mitglieder sich noch von den bürgerlichen Demokraten nass führen lassen. Beide haben sich von Neben-Komiteen für das allgemeine Wahlrecht abgeschieden, ob des reinen Klassenzarlers, den die Bewegung zur Eröberung des allgemeinen Wahlrechts langsam aber schrittweise angesommen hat. Trotz dieses, aber gerade wegen dieses „Verlustes“ war der Sonntag für das holländische Proletariat ein an Bedeutung äußerst wichtiger, da die Demonstration ausschließlich und zum erstenmal von Arbeitervereinen veranstaltet war. Tat der schon Tage vorher und am Sonntag morgen folgende Stegen der Demonstration sicher Abbruch, so waren die Teilnahme und ihr Verlauf trotz allem ein Erfolg über Erwartungen großartiger; die Demonstration ist die größte politische, die Holland jemals erlebt hat. Nachmittags 1 Uhr wurde ein Meeting auf dem ehemaligen Reitweg von Amsterdam belegenen Terrain „Die Roserburgh“ abgehalten. Mehr als 700 Personen, gegen 500 im vorigen Jahre zu Utrecht, waren vertreten durch 1100 Abgeordnete. Hierunter waren 18 Landesverbände, d. h. ein politischer, S. D. A. P. mit 6800 und 17 Gewerkschaftsverbände mit 20054 Mitgliedern. Ferner Abteilungen von noch nicht beim Komitee angeschlossenen Gewerkschaften, die mit ersteren eine Mitgliederzahl von zusammen 36403 ergeben. Andre mehr oder weniger politische Vereine haben 10000 Mitglieder, die ebenfalls vertretenen Genossenschaften 6800. Die Gesamtzahl der vertretenen Organisierten Hollands betrug also rund 60000 Arbeiter. Das Meeting war von 15000 Personen besucht. Redner waren die Genossen J. A. van Putten, H. Spiekman, J. A. Beugniet, H. Goeter, J. J. Tybos, Frau H. Roland-Holst, A. H. Gerhard, P. J. Troelstra, R. Meindels, N. van Huize und H. J. J. Eichhorn. Sie beleuchteten die Bedeutung des Tages, speziell vom proletarisch-sozialdemokratischen Standpunkt, während die Frauenehre, Frau Th. Haber, besonders auf das Frauenwahlrecht den Nachdruck legte. Von den vertretenen Vereinen sind besonders zu erwähnen: Der Verband der Marine-Soldaten, die dieses Jahr zum erstenmal dem Beispiel der schon früher vertretenen Marine-Matrosen folgten, deren beide Vertreter in Uniform am Meeting und an dem später erfolgten Umzug durch einen Teil von Amsterdam mit 40 bzw. 25 Mann teilnahmen und berechtigtes Gestalten entwickelten. Ferner die Verbände der Eisenbahner, Volksschullehrer, Gewerkschaftsarbeiter und der Verein der deutschen Käfer zu Amsterdam. Aus der Provinz waren Teilnehmer außer mit den regelmäßigen Gelegenheiten per Extrazüge und Dampfer gekommen. So aus Ensebe und Utrecht 800 Mann, aus Rotterdam, Dordrecht u. 1000 Mann, aus Leiden 500 Mann usw. Nach dem Meeting fand ein imposanter Umzug durch Amsterdam statt. Von den mehr als 400 Fahnen, Banner und Zeichen der Arbeitervereine und unter klappendem Spiegele machte er einen tiefen Eindruck auf die Tausende, die den Weg entlang die Demonstranten begrüßten. Jener Eindruck auf die herrschende Klasse wird diese Demonstration nicht verfehlten.

Amerika.

Eine Revolution soll wieder einmal in San Domingo bevorstehen. Die Lage soll sehr ernst sein.

Die Taifunkatastrophe in Hongkong.

Noch den letzten Meldungen zeigt die Taifunkatastrophe einen Umfang, der die schlimmsten Befürchtungen hinter sich lässt. Der Gouverneur von Hongkong bestätigt in einem Londoner Telegramm die durch den Taifun angerichteten Schäden und glaubt, daß die Zahl der verunglückten Chinesen sehr groß ist, während seiner Kenntnis nach nur sechs Europäer ums Leben kamen. Es wird dazu noch aus Manila gemeldet:

Die letzten Nachrichten aus Hongkong stellen fest, daß tausend Menschen im Taifun umgekommen sind; zwölf Schiffe sind gesunken, vierundzwanzig gesunken. Von den Eingeborenenfahrzeugen ist die Hälfte gesunken. Die Verladungen wegen Mangels an Beichterschiffen ins Stocken geraten.

Bei dem Taifun sind von neunzehn hier liegenden deutschen Dampfern folgende sechs gestrandet: „Peterarch“, „Emilia Lukken“, „Johanne“, „Apenrade“, „Signa“ und „Sexta“. Schwer beschädigt wurden

die Dampfer „Prinz Waldemar“, „Deaconage“, „Chow-tai“, „Najah“, „Sullberg“ und „Quint“. Verluste an Menschenleben unter den Reichsdeutschen sind nicht zu beklagen.

Aus Hongkong wird gemeldet, daß der Torpedojäger „Fronde“ bei dem Taifun durch einen Zusammenstoß mit einem englischen Kanonenboot und einem englischen Handelsdampfer erheblich beschädigt wurde. Zwei Mann der Besatzung werden vermisst, vier sind verlegt.

Ferner meldet die Commercial Cablegesellschaft, daß die telegraphische Verbindung mit Canton und Swatow unterbrochen sei und man befürchte, daß auch die Städte vor dem Taifun verwüstet werden.

Lübeck und Nachbargebiete.

Donnerstag, den 20. September.

Achtung, Holzarbeiter. Nach Aufhebung des Streiks sind die Kollegen ausgesperrt. Zugang von Tischlern, Drechsler, Maschinenarbeitern und Holzarbeitern ist deshalb strengstens fernzuhalten.

Alle Inschriften, die für die Redaktion bestimmt sind, bitten wir zu adressieren: An die Redaktion des „Lübecker Volksbote“, und nicht an einen der Redakteure unter Kenntnis seines Namens. Es können andernfalls leicht Verzögerungen entstehen, die beiderseits unliebsam empfunden werden.

Über den Parteitag in Mannheim sprach das hiesige „unparteiische“ Blattschiff in einer Weise, die eben so sehr für keinen politischen Unterricht, wie für keinen blinden Hass gegen die Sozialdemokratie und deren Führer spricht. Es wird da vom Parteipapst Bebel gefaselt, der als reicher Villenbesitzer auf die Ehre des von ihm auf dem Jenenser Parteitag als ehrenvoll bezeichneten Hungerns keinen Anspruch mache. Weiter heißt es, daß die Führer, die sogar mit dem Schreckgespenst des Massenstreiks paradierten, bei praktischer dentenden Genossen, die vor allem an das eigene Wohl gehen denken, einen schweren Stand haben werden. Ein solcher Satz sollte nur von Menschen geschrieben werden, denen jegliches Ideal fehlt und die nur auf ihre persönliche Bereicherung bedacht sind; dieselben können es nicht verstehen, daß jemand auch aus andern als materiellen Gründen für oder gegen eine Sache sein kann. Eine Jambe ist es, wenn weiter gesagt wird: „Sehnstüdig liebäugeln die Parteiführer mit den Massen der Gewerkschaften, die ein nach Millionen zählendes Vermögen angestellt haben, aber die Gewerkschaften halten den Daumen auf den Beutel.“ Diese Unterstellung, für welche auch nicht der Schatten eines Beweises beigebracht werden kann, ist jedenfalls darauf berechnet, Gewerkschaftsmitglieder, die noch der politischen Partei indifferent gegenüberstehen, gruseln zu machen und sie von der politischen Betätigung abzuhalten. Töricht ist derjenige, der auf solche Schwindleien hereinfällt. Für den denkenden Arbeiter muß die schmutzige Haltung des Gen.-Arzts gegenüber seiner politischen Vertretung ein Unrat mehr sein, das Blatt, das ihn selbst beschimpft, aus dem Hause zu werfen; schon allein aus Reinheitsgründen.

„Chrenausgaben“. Dem Bürgerausschuß lag folgender Senatsantrag zur Begutachtung vor: Außerordentliche Chrenausgaben des Senates während des Rechnungsjahrs 1905 haben eine Überschreitung der dafür ausgewornten Mittel um 12348,28 Mark erforderlich gemacht. Der Senat beabsichtigt demnächst zur Mitgenhung der Bürgerschaft zu stellen, daß auf die dem Senat zu Chrenausgaben für das Rechnungsjahr 1905 in Art. 2 des Staatsbudgets zur Verfügung gestellten Mittel die Summe von 12348,28 Mark nachbereillt, und dieser Betrag auf die Verwaltungsüberschüsse des Rechnungsjahrs 1905 angewiesen werde. Man weiß nicht, ob sich im Bürgerausschuß Stimmen erhoben haben, die dagegen protestierten, daß das Geld der Steuerzahler für Festivitäten usw. in dem Maße verschwendet wird, daß die dafür ausgeworfenen Mittel um 12348,28 Mark überschritten wurden. Tatsache ist, daß der Bürgerausschuß sich für die Nachbereillung aussprach. Als am Montag in der Bürgerschaft von sozialdemokratischer Seite für die Abgabefreiheit bei Errichtung von Grabdenkmälern plädiert wurde, wodurch für die Stadt ein Einnahmeausfall von 4800 Mk. entsteht, da meinte ein christlicher Pastor, es würden von unseren Genossen Reden zum Fenster hinaus gehalten, ohne daß auch bei den Anträgen die finanziellen Konsequenzen berücksichtigt seien. Wir sind nun sicher, daß in der nächsten Bürgerschaftsversammlung dieselben Leute, insl. des Herrn Pastors, die für Kulturzwecke so wenig übrig haben, mit Hurra für Chren-Mehrausgaben des Senats stimmen werden. Dann kommen die Finanzen überhaupt nicht in Betracht.

Arbeiter, Hafen- und Transportarbeiter Deutschlands!

Die Unterzeichneten erinnern hiermit alle in Betracht kommenden Arbeiter daran, daß sämtliche Betriebe der Freihafen-Lagerhausgesellschaft in Hamburg noch immer gemieden werden müssen. Die Vorgesetzten der Arbeiter dieser Gesellschaft suchen durch andauernd vorgenommene Maßregelungen ihre jetzt auch zum Klassenbewußtsein erwachte Arbeiterschaft wieder in ihren alten Schleidrian zurückzufordern. Die hierdurch entstandenen Lücken wollen die Herren Vorgesetzten durch möglichst indifferente und anpruchlose Elemente ausfüllen, um durch eine geistige Arbeiterschaft, welche für eine enorme Arbeitsleistung recht schlecht entlohnt wird, mit zur Erhöhung der Dividenden und Lantienmen bezutragen, und um sich selbst den Direktoren gegenüber in ein günstiges Licht stellen zu können. Da die Gesellschaft in allen Gegenden Deutschlands die Werbetrommel führt, um gefügige Elemente nach Hamburg zu locken, muß es sich jeder organisierte Arbeiter zur Ehrenpflicht machen, die geworbenen willigen Arbeiter über den wahren Sachverhalt aufzuklären und den Zugang nach dem Hamburger Hafen fernzuhalten suchen. Die Freihafen-Lagerhausgesellschaft darf nicht eher einen Arbeiter bekommen, bis sie die vorgenommenen Maßregelungen rückgängig macht und die Organisation der Speicher- und Lagerhausarbeiter anerkannt hat.

Ueber jeder Solidarität!

Die Mitgliedschaft
Speicher- und Lagerhausarbeiter Hamburgs des Hafenarbeiterverbandes.

J. A. Friedr. Ehring, Schwedestr. 26.

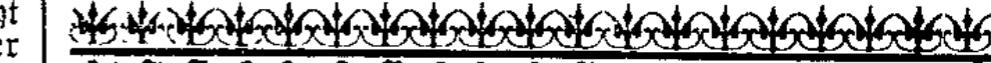
Der Bürgerausschuß verwies in seiner letzten Sitzung den Senatsantrag, für die Erweiterung der St.-Orenz-Schule Mittelschule 42500 Mk. zu bewilligen, an eine Kommission. (Es ist doch recht sonderbar, daß die Schule, welche erst kürzlich in Benutzung genommen wurde, nicht gleich so gebaut worden ist, daß sie mindestens für 10 Jahre genügt.) Durch den Erweiterungsbau erwachsen erhebliche Mehrkosten, die doch sicher nicht in dem Maße entstanden wären, wenn die Schule gleich entsprechend her-

gerichtet wäre. (Red.) Der Bürgerschaft zur Mitgenhung empfohlen wurden die Senatsanträge betr. Bewilligung von jährlich 1500 Mk. staatliche Unterstützung zur Altersversorgung der Lehrerinnen an den hiesigen Privat-Mädchenchulen, Änderung der Anstellungs- und Gehaltsverhältnisse der Handarbeits-, Turn- und Hilfslehrerinnen, Bewilligung von 282500 Mk. zur Pflichterziehung der verkehrsreichsten Haussertarten Vorstadtsstrassen, Bewilligung von 8300 Mk. zum Bau eines Sieles in der Verlängerung der Charlottenstraße, Bewilligung von jährlich 383000 Mk. für die Jahre 1907–1911 zu den sachlichen Kosten des Standesamtsbezirks Lübeck, Erhöhung des Gebührentarifes für den Leerhof, Änderung des Bebauungsplanes für die innere Stadt und Enteignung von Teilen der Grundstücke an der Mauer 91 und 92. — Mitgenehmigt wurden die Senatsanträge betr. die Vorschrit der offenen Bauweise für den Baublock nordwestlich vom Seitenwege der Hindenstraße und den sich anschließenden Straßenlängen, 800 Mk. für den Bau eines Stalles beim Leuchtturmwärterhaus in Travemünde, 2000 Mk. zur Instandsetzung des Grundstückes Fischergrube 45 und Stupschmiedestraße 1, 1350 Mark für Anpflanzung der Abtragsfläche des Salvatierberges und eines Nachgrundstückes in Travemünde, ebenfalls 800 Mk. für die Jahre 1907 bis 1911 als Beitrag Lübeck an den Schlesw. Holst. Provinzial-Verein für ländliche Arbeiterkolonien zu den Kosten der Arbeiterkolonie Niedling (Eine recht überschüssige Ausgabe. Red.) und endlich 500 Mk. zur Verstärkung der der Beamtenunterstützungsfälle zur Verfügung stehenden Mittel für das Rechnungsjahr 1906.

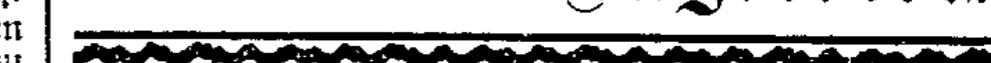
Die Errichtung eines Erholungsheims für verdiente Lübecker Bürger hat der Senat abgelehnt. In dem bezüglichen an den Bürgerausschuß mitgeteilten Dekret heißt es: Der Bürgerausschuß hat in seiner Versammlung am 28. März 1906 bei Beratung des Senatsantrages betreffend Errichtung eines Erholungsheims für lübeckische Beamte und Angestellte durch die Westerauer Stiftung, den Senat ersucht, die Zentralarmendepuration mit einer Prüfung darüber zu beauftragen, ob andere hiesige Wohltätigkeitsanstalten in der Lage sind, ähnlich dem Erholungsheim für Beamte in Westerau ein Erholungsheim für verdiente lübeckische Staatsbürger, die keine Beamte sind, zu schaffen. Die Zentralarmendepuration hat sich nun dahin geäußert, daß zwecks Schaffung eines derartigen Erholungsheims nur Privatwohltätigkeitsanstalten in Frage kommen könnten, weil die Überprüfung der öffentlichen Wohltätigkeitsanstalten nach Gesetz bzw. Verkommen nur zu Kirchen-, Schul- und Armenzwecken verwendet werden dürfen und hierfür auch voll in Anspruch genommen seien, daß aber, wie durch eine genaue Prüfung der Satzungen und Abrechnungen der Privatwohltätigkeitsanstalten festgestellt worden sei, eine private Stiftung, die in der Lage wäre, ein Erholungsheim für lübeckische Bürger zu errichten, z. B. nicht vorhanden sei.

Im Hansa-Theater ist, wie bereits kurz mitgeteilt wurde, die Winteraison am Sonntag eröffnet worden. Bei der Auswahl der Künstler hat die Direktion eine glückliche Hand gehabt, denn dieselben sind durchweg erstaunlich. Besonderes Interesse erregt Petergalleria Wundergarten. Diese Nummer ist zweifellos in jeder Beziehung die glänzendste des ganzen Programms; was hier an Lichteffekten geboten wird, grenzt ans Sehnsaft und übersteigt alles, was bisher hier in ähnlicher Art gezeigt wurde. Lebhaft klangooll Stimmnen verfügen die schwedischen Gesangsduettinnen Geschwister Bengtsson, welche ihre Lieder mit Geschmac und Verständnis zum Vortrag bringen. Für schallende Heiterkeit sorgt der sächsische Humorist Richard Hungar. Sehr beifallsförderig sind die Produktionen der vier Charles, sowie der „Mélange-Ust“ von Deamando und Anna. Als ein recht geschickter Lumpenmaler und Kohlenzeichner erwies sich Wolf Rasaelli. Die Soubrette Eva Nora Ibsen verfügt über glänzende Kostüme, eine chise Figur, und versteht auch durch ihre lustigen Vorträge und Parodien zu interessieren. Den Schlüß der Vorstellung bilden lebende Photographien. Somit ist alles vorhanden, was nötig ist, um dem Publikum einen amüsanten Abend zu bereiten.

Die Mücken des Stubenofens. Das ehemalige Wiederanheizen der Zimmeröfen bringt in sehr vielen Fällen Rauchbelästigungen, in einzelnen Fällen aber auch eine Gefahr mit sich. So kann es vorkommen, daß ein Ofen kurze Zeit nach dem ersten Anheizen mit starkem Knall auseinandergetrieben und im oberen Teil zerstört wird. Die Urfache solcher Vorfallen liegt darin, daß die in den Rauchabzugslanälen stehende Luftschicht stark abgekühl ist und die Feuerlage nicht entweichen läßt. Es kommt deshalb darauf an, eine rasche Erwärmung der in den Ofenzügen befindlichen Luft herbeizuführen, was durch ein schnellauslösendes, aus lockeren Papier und klar gepulvertem Holz erzeugtes Feuer erreicht wird. Das rasche Auflegen von Kohlen ist zu vermeiden, denn es führt zu den lästigen Rauchablummen der Zimmer und erzeugt vorzeitig Gase, die zu Ofenexplosionen Anlaß geben können.



Parteigenossen! Trink kein Lagerbier.



Die Konkurrenz. Der Hallandschen Dampferlinie, welche eine regelmäßige Verbindung zwischen Lübeck-Kopenhagen sowie Malmö, Halmstad und Göteborg unterhält, ist nunmehr eine nicht zu unterschätzende Konkurrenz erwachsen. Die Hamburg-Amerika-Linie errichtet nämlich eine neue regelmäßige Linie zwischen Hamburg-Göteborg und Halmstad und wird die Fahrten noch in dieser Woche mit dem eigenen Dampfer „Poseidon“ beginnen.

Die Hotelbesitzer beschlossen, ihre nächste Generalversammlung im September 1907 in Lübeck abzuhalten, so berichten die hiesigen bürgerlichen Blätter in Zeitdruck. Hoffentlich kostet diese Veranstaltung den Lübecker Steuerzahler nicht wieder so viel Geld, wie z. B. die Generalversammlung der Gastwirte.

Die Wasserwärme des Kräheniectes betrug gestern 15 Grad.

pb. Mehr auf dem Kerbholz. Bei dem am 10. d. M. wegen Diebstahls festgenommenen Arbeiter Johann Szajko aus Galizien wurde eine neue Herren-Osloinderschlüsseluh, eine neue lange Doublee-Damenuhrkette mit Schieber und einem Medaillon aus Doublee vorgefunden, über

deren rechtmäßigen Erwerb er sich nicht ausweisen konnte. In der Uhr befindet sich die Nr. 1 c. 5 c. 74. Auf dem Schieber der Damenuhrkette befinden sich drei rote und eine weiße Perle.

Ob freigekommen wurde der Knecht eines hiesigen Bäckermeisters, der aus einem verschlossenen Schrank eine verschlossene Kassette nahm und leichtere mittels eines Brechzessers öffnete, um sich das vermutlich darin enthaltene Geld rechtwidrig anzueignen. Glücklicherweise befand sich kein Geld darin, weshalb der Dieb die Kassette in den Anlagen bei der Wasserfunk von sich warf. Auch der gestern gemeldete Diebstahl einer Ledertasche durfte ihm zur Last fallen.

Hamburg. In der Schadensersatzklage der Hamburg-Amerikalinie gegen 142 Schadeneinheiten, die am 1. Mai kontrahiert geworden waren, stand am Mittwoch eine Verhandlung wegen der Höhe der Schadensansprüche vor dem Gewerbegericht statt, nachdem bereits vor mehreren Monaten durch Zwischenurteil die Klage im Prinzip zu Gunsten der Hamburg-Amerikalinie entschieden worden war. Die Klägerin hatte zum gefragten Termin eine Speisfaktur ihres Schadens in Höhe von etwas mehr als 11.000 Mk. eingereicht. Die einzelnen Positionen wurden von den Vertretern der Bevölkerung beansprucht, die die Beisichtigung von Beweisen beantragten. Der Vertreter der Hamburg-Amerikalinie erwähnte, daß es der Klägerin nur auf die prinzipielle Seite ankam, deren Ansprüche auf 18 Mk. von jedem Seite angesetzt werden sollten, da eine Beweiserhebung in Anbetracht des verlangten Teilbetrages überflüssig erscheint.

Astoria. Ein bedeutendes Feuer kam gestern Nachmittag 3½ Uhr in der Schiffsboden-Papierfabrik von Emil G. von Höveling am Kleinen Grasbrook zum Ausbruch, und zwar brannte das hinter dem Kontorhaus der Firma belegene einstöckige Fabrikgebäude, Ecke Stettiner- und Altonastrasse. Das Feuer ist wahrscheinlich durch eine Explosion der im Arbeitsraum befindlichen Gas entstanden. In wenigen Minuten stand die ganze Fabrik in Flammen, da das Feuer an dem leicht brennenden Material reiche Nahrung fand. Das Fabrikgebäude ist sehr stark beschädigt, so daß der Betrieb wohl längere Zeit unterbrochen werden muß. Insbesondere haben die Maschinen durch das Wasser viel Schaden gelitten. Der Arbeiter Mieke trug bei der Explosion zuerst schwere Brandverletzungen, die seine sofortige Ueberführung ins Hafenkrankenhaus notwendig machten, davon. Ein im derselben Hause arbeitender Kollege ist glücklicherweise unverletzt davongekommen. Die Feuerwehr war mit vier Bügeln zur Stelle und bekämpfte das Feuer mit den Wasserspritzen aus sieben Rohren. Etwa um 4½ Uhr war die Hauptgefahr beseitigt.

Kiel. Der Bahnmeister-Aspirant Schwarzs vom Linienschiff Kaiser Karl der Große wurde vom Kriegsgericht wegen Unterschlagung anvertrauter Gelder von Untergebenen und wegen Urkundensfälschung zu zweieinhalb Monaten Gefängnis und Degradation verurteilt.

Flensburg. Tödlicher Unglücksfall. Der Fußlader Meier vom Regiment Königin wurde im Mai nördergelände bei Lützkirby von einer Blaspatrone im Gesicht so schwer getroffen, daß er kurz nachher verstarb.

Heute morgen starb unsere kleine süße Emmi im zarten Alter von 3½ Monaten.

Dies zeigen an die betroffenen Eltern nebst Familie.

J. Höppner u. Frau, geb. Lippertien

Für die mit gewordene Unterstützung sage allen Kollegen besten Dank.

Stempnakowski.

Eine freundliche Dreistubenwohnung absteht zu verkaufen bis zum 1. Oktober für 230 Mk. zu vernehmen. Schwarzer See 223 a

Zu jogglich oder 1. Oktober

kleine Zweizimmer-Wohnung

Mf. 125. — Al. Petersgrube II. III.

Zu melden: Obertrave 8

Zu vermieten zum 1. Oktober e. Gangbude, Preis 140 Mk. Näheres Roentgenstraße 21. Laden.

Gejagt zu jogglich oder 1. November

ein kräftiger Knecht

welcher mit Pferden umzugehen versteht.

H. B. Wiegels, Fischergrube 61.

Sofa, 4 Stühle

billig zu verkaufen Ludwigstraße 70, v.

Ein Anzug und Paletot

für das Alter von 14—16 Jahren zu verkaufen Borbeckstrasse 3

Zu verkaufen ein Gehrock, ein Damen-Winter-Jackett billig

Waldstraße 58, II. 1.

Sofa, Sotisch, Gasgrank, 1½ schläfr.,

alte Bettstelle, altes Bettzeug.

Großer Kiesau 4.

Ein guterhaltener Kinderwagen

billig zu verkaufen Engelsgasse 43/12.

Zu verkaufen eine gute Singer-Trittenmaschine, Stühle, Mahagoni-Klapptisch Schwartauer See 86.

Eine Kinder-Bettstelle mit Matratze

zu verkaufen Wielandstraße 2, I.

Steinkohlen,
Braunkohlen,
Briketts,

sowie alle anderen Brennmaterialien empfohlen in vorzüglicher Ware billig.

Fernruf Christian Gädé

242. Kontor Fischergrube 4 u.

bei der Drehbrücke.

Berantwortlicher Redakteur für den gesamten Inhalt der Zeitung mit Ausnahme der Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete“ sowie der mit P. L. gezeichneten Artikel und Notizen: Johannes Stelling — Berantwortlicher Redakteur für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete“ sowie die mit P. L. gezeichneten Artikel und Notizen: Paul Löwigt.

Berleger: Theodor Schwarz — Druck: Friedr. Meyer & Co. — Sämtliche in Lübeck.

Haderbleben. Eine Maßregelung wird aus Nordschleswig gemeldet. Laut „Heimdal“ ist der Lehrer Möller in Auenbüll wegen „unpatriotischen Verhaltens anlässlich der Schulfeier am Gedächtnis“ seines Amtes entlassen worden.

Bremen. Hausesinstanz. Ein dreistöckiger Neubau in der Lindenholzstraße, Ecke Wallstraße, auf dem 35 Arbeiter beschäftigt waren, stürzte gestern Nachmittag gegen halb sechs Uhr ein. Bis abends halfen sieben Uhr wurden von der Feuerwehr neue Männer schwerverletzt nach dem Kranken- und Diakonissenhaus gebracht. Die übrigen sind leicht oder gar nicht verletzt worden.

Leichte Nachrichten

Bremen. In dem Prozeß wegen der Niederbrüderung vom 19. April wurde auf Antrag des Verteidigers Justizrat Dr. Mamroth beschlossen, den Arbeiter Biewald und andere Bewohner des Hauses Hildebrandstraße 26 als Zeugen zu laden.

Berlin. Im Streit erschossen hat Dienstagabend in dem Hause Bionskirchstraße Nr. 50 der Gelegenheitsarbeiter Erich H. den Steinträger Willy. Namens nicht aus der Rettungswache.

Leipzig. Durch die Explosion eines dampfrührerlosen in der Ottichtlichen Papierfabrik zu Weissenfeld wurden zwei Arbeiter getötet und drei schwer verletzt.

Essen a. d. Ruhr. Gestern Nachmittag wurde von der ersten Strafkammer in Essen der Bankier Rudolf Brandstätter wegen Urkundenfälschung und Betruges zu einem Jahr Gefängnis und in die Kosten verurteilt. Von den verbüßten zehn Monaten Untersuchungshaft wurden sechs in Anrechnung gebracht. Die hinterzogene Summe beträgt 77.000 Mk.

Köln. Die Untersuchungen am Südportal des Kölners Dom's haben gleichfalls ergeben, daß die Verwitterungen einen großen Umfang angenommen haben, sodoch bei Regen für die Besucher des Doms große Gefahr besteht. Steine von erheblicher Größe sollen verschiedentlich herabgestürzt sein. Die Ausbesserungsarbeiten dürften 800.000 Mark betragen.

Tomaschow (Gouv. Petrikau). Um Sonnabend waren in einer Familie lediglich sechzig Personen eingeladen, von denen etwa vierzig nach dem Graus von saltem Fisch unter Vergiftungsscheinungen erkrankten. Sieben sind bis jetzt bereut gestorben, mehrere liegen hoffnungslos darnieder. Die Fische sollen in einem großen Kupferkessel, der nicht vergütet war, gekocht worden sein und dann bis zum Erkalten darin gelegen haben.

Palermo. In der Nacht zum Mittwoch wurde hier ein wellenförmiges Erdbeben verspürt. Man sieht starke Beschädigungen, daß dasselbe größere Dimensionen annimmt.

Madrid. Bei Ponferrada stießen zwei Güterzüge zusammen. Mehrere Personen sind getötet bzw. verletzt worden.

Newark. Eine Schlacht zwischen Russen und Japanern. Londoner Blätter veröffentlichten ein Telegramm aus New-York, nach dem ein russisches Schiff sich etwa sechs japanische Schiffe überraschte, die unberüchtigterweise an den Küsten von Kamtschatka

fanden. Es entpann sich ein verzweifelter Kampf, in dessen Verlauf auf beiden Seiten mehrere Personen getötet und verwundet wurden. Die Japaner erreichten schließlich ihre Schiffe wieder und entkamen. Die Russen hatten 19, darunter einen Offizier, und die Japaner 12 Toten.

Aus Nah und Fern.

Zweihundert Menschen ertrunken. Wie dem „Berliner Tageblatt“ gemeldet wird, ist das kleine Dorf Kwareli am Südbahnhof des Kaukasischen Berglandes das Opfer einer Katastrophe geworden. Es lag am Fuße von drei Bergen, die sich oben zu einem Kessel vereinigen, in dem sich Regenwasser ansammelt, das unter gewöhnlichen Umständen teils verdunstet, teils langsam zu Tal fließt. In letzter Zeit häufig niedergegangene Flutwellen haben den Kessel dort überfüllt, daß seine Bänder riss und die ganze Wassermenge mit Schlamme, Schutt und Steinen sich gegen das Dorf wälzte und es in wenigen Augenblicken vom Erdhaken verschwinden machte. Wohl versuchten die durch das Wasser überraschten Bewohner sich zu retten, aber es war vergeblich, die Flut riß alles vor sich nieder und begrub zwiehundert Menschen im Laufe weniger Minuten. Nur wenige absichtlich von der übergegangenen Wassermasse wohnende Bewohner sind der Katastrophe entgangen und haben die Bergung der vielen Leichen, die unter Schutt und Trümmern verborgen waren, begonnen. Bei den Ausgrabungen sind man Ritter, die ihre Hänginge kostspielig an die Welt gedrückt hielten, gleichsam als Körner sie sie dadurch vor Tod und Erschaffung schützen; man sah Wegen mit den erstaunten und erfreulichen kleinen, man grub sogar lebende Menschen aus dem Schutt herbor, aber das geschah so verzweigt, daß die wenigen Fälle kaum in Bezug kommen.

Überraschendes Ereignis vom 19. Septbr.

Bauern-Butter Pf. 1,25 Mt. Meierei-Butter Pf. 1,10 Mt. Hasen Std. — Mt. Enten 2,70—3,20 Mt. Schafe Std. 1,70—2,20 Mt. Schafe Std. 1,20 Mt. Lämmen Std. 0,60 Mt. Gänse Pf. — 75 Pf. Klüdgau Pf. — Mt. Schweinefleisch Pf. 0,45 Mt. Schinken Pf. 1,30 Mt. Wurst Pf. 1,30 Mt. Eier 7 Std. 60 Pf. Karpfen Pf. — Pf. Ger. Koch Pf. 1,20—2,40 Mt. Karlsruhe Pf. 80 Pf. Sechse Pf. 70 Pf. Barsche Pf. 70 Pf. Kal. Pf. 0,80 Mt. Kefte Pf. best. Gravensteiner 100 Pf. 10. — Mt. Nonnen 100 Pf. 8. — Mt. andere Sorten 100 Pf. — Mt. Pfauen 100 Pf. — Mt. Blumenkohl, Kopf 30—50 Pf. Kirschen Pf. — Pf. Kohl 100 Pf. — Mt. Gurter 100 Pf. — 12 Mt. Blümchen 100 Pf. — Mt. Kartoffeln, beste, 100 Pf. 3. — Mt. per 10 Bitter 60 Pf. magnum bonum 200 Pf. 5. — Mt. Kartoffeln 10 Bitter 50 Pf. Heringe 2 St. 10 Pf. Dörnchen genügend, Brachsen Pf. — Pf. Gemüse genügend.

Eiterwangen-Miehmarkt.

Hamburg, 19. Septbr. 1906.

Der Schweinemarkt verließ ruhig. Eugeführ wurden 335 Stück, davon vom Norden — Stück, vom Süden — Stück. Preis: Versandschweine; schwere 71—71½ Mt. leichte 72—72½ Mt. Saufen 68—67 Mt. und Herk 67—71 Mt. pro 100 Pfund.

Der
Neue Welt-Kalender
für 1907
31. Jahrgang
ist reich ausgestattet erschienen.
Zu beziehen durch die
Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co.,
Johannisstraße 50.
Preis 40 Pfennig.



Heinr. Schultz

— Uhrmacher —
und Goldschmied
ob. Johannisstraße 20.
Enormes Lager

— Uhren * Ketten —
Gold- u. Silberwaren
gold.Trauringe, usw.
Rathenower Brillen.

Eigene Werkstatt.
Verlust u. Reparaturen unter Garantie.

Billig! Große saure Heringe, fein mariniert, à St. 5 Pf. **Billig!** Wiederveräußerter billiger. **Fischergrube 61.**

Einladung zum Ball

der
Tabakarbeiter

unter gütiger Mitwirkung der Sänger
der früheren Biedertofel der Tabakarbeiter

am Sonntag den 23. Septbr.

im Vereinshaus, Johannisstraße 50—52.

Anfang 6 Uhr. Ende 2 Uhr.

Eintritt 50 Pf., eine Dame frei.

Einzelne Damen 20 Pf., wofür Garderobe.

Das Komitee.

Panorama

Breitestraße 53, 1. Etg.

Vom 16.—22. September:

Bodensee.

Bindau, Friedrichshafen, Ravensburg,

St. Gallen, Bregenz, Konstanz.

Hansa-Theater.

Täglich:

Goldene Laube

bes 4 Charles

Rolf Rafaely

Eva Nora Ibsen, Rich. Hungar.

Optischer Berichterstatter.

Deamondo und Anny.

Geschwister Bengston.

Vorverkauf in Sager's Zigarren-Gesch.

Die Arbeiter-Garderobe
aus dem Spezial-Geschäft von
Lübeck
Markt 4
Otto Albers 10.
Iab. 2,20—6,45
Rauerkosen . . . 2,60—6,75
Schloßkosen . . . 1,88—5,25
Nebenziehholen . . . 1,08—2,35
Zwirn-Holen . . . 1,68—3,25
leinen Jaden, Schrägen und gerade, 1,28
Kästen, Händen, Schlachterjaden, Friseurjaden,
Kästen erstaunlich billig.
Kästen von 80 Pf. bis 1,68 Mt.
Rote Lübeckmarken.

Ein großer gelber Käfer

zu verschenken Fleischhauerstraße 100.

Achtung Baurbeiter!

Mitglieder-

Versammlung

am Freitag den 21. September

abends 8½ Uhr

im Vereinshaus, Johannisstraße 50—52.

Tagess. Ordnung:

1. Aufnahme neuer Mitglieder.

2. Fortsetzung des Kartellberichts.

3. Innere Verbandsangelegenheiten.

4. Berchiedenes.

N.B. Diejenigen Kollegen, welche noch Bücher vom Verband im Besitz haben, werden erachtet, diese zur Versammlung mitzubringen.

Der Vorstand.

Beilage zum Lübecker Postboten.

220

Freitag den 21. September 1895

13. Jg. Nr. 39.

Ehrengerichtliches Verfahren gegen den Gen. Rechtsanwalt Dr. Herzfeld.

Genosse Dr. Herzfeld hatte bei der Reichstagswahl 1903 seinen Wahlkampf in Rostock und in Berlin und war in beiden Städten ordnungsgemäß in die Wählerliste eingetragen. Er wählte bei der Reichstagswahl in Rostock und bei der Stichwahl in Berlin. Wegen dieser Wahlausübung wurde er, wie innerlich im Dezember 1903 von der Oppermannischen Gesamtkammer in Berlin zu 14 Tagen Gefängnis verurteilt. Das Reichsgericht bestätigte dies Urteil am 7. Februar 1905. Wir haben hierzu ausführlich die Methode dieser Verurteilung besprochen. Sie gipfelte darin: das Reichsgericht legte den § 108 des Strafgesetzbuchs in einer klaren förmlichen Rechtfertigung, welche andere nur im Urteil des letzten Gesetzes vom 6. April 1891 schriftliche Entgegensetzung vorgenommen, daß im Wahlrecht nicht wählen noch mehr in Rostock gewählt hatte, so könne es doch schriftlich als ehrgeiziglich zu andern erscheinen, wenn Angeklagter sein Tun und Handeln in einer so fortwährenden Frage nach der Aufstellung einrichtete, die sich dem Parteipunkt entzog und nicht als Unrecht erwies. Die Frage, ob jemand, der mehrere Wahlkreise habe, mehrere Stimmen abgeben könne, werde vielfach in der Justizkultur und wie die Darlegungen des Abg. v. Nordhoff in der Reichstagsitzung vom 16. Mai 1906 vorau, in parlamentarischen und jüdischen Kreisen bejaht. Aber selbst wenn man alle diese Fragen zu ungünsten des Angeklagten entschieden würde, so liege doch noch nicht der Anlaß zu einer ehrengerichtlichen Ahndung vor. Denn nicht jede Verurteilung eines Mannes sei ehrenamtlich zu richten. Es habe aber auch der Strafrichter anerkannt, daß beim Einzelnen leichtwohl eine erfolgte Gestaltung zum Vorwurf genutzt werden könnte, daß er unrichtig sich vertrug durch Partei für habe verletzen lassen.

Die sonst lediglich durch politische Gründe erhöhte strafgerichtliche Verurteilung des Genossen Dr. Herzfeld berührten von der politischen Polizei bediente Männer, zuerst Linie die „Post“, zu einer Sache auf Gründung des ehrenamtlichen Verfahrens gegen Genossen Dr. Herzfeld. Und da der Tat bezeugt der Generalstaatsanwalt keine Auswirkungen der Gründung des ehrenamtlichen Verfahrens! Das Ehrengericht der Kammerkammer zu Berlin lehnte die Gründung des ehrenamtlichen Verfahrens ab, weil die als Straftat erachtete Handlung des Dr. Herzfeld nach seines Richtung den Verdacht bestätigte, daß er die ihm als Anwalt obliegenden Pflichten verletzt habe. Der Generalstaatsanwalt legte Beschwerde ein — und das von dem karlsruherischen Kammergericht Haverstein befreite Gericht ordnete die Gründung des Verfahrens an.

Der weitere Verlauf der Angelegenheit führte zu einer glänzenden Rechtsentscheidung unseres Genossen. Das Ehrengericht sprach ihm mit folgender Begründung von der Bekämpfung frei, durch sein Verhalten außerhalb des Berufs sich der Achtung nicht würdig gezeigt zu haben, die sein Beruf erforderte oder die ihm als Anwalt obliegenden Pflichten verletzt zu haben. Nicht der Umstand, daß der Angeklagte eine ehrkästige Verurteilung zu einer Gefängnisstrafe erlitten habe, sondern die Tat selbst und die ihr zugrunde liegende Geisteszustand ist entscheidend. Der im Strafverfahren festgestellte Tatbestand unterliege nicht der Nachprüfung des Ehrengerichts. Zu prüfen sei, ob der Angeklagte sich vor Strafbarkeit seines Tuns bewußt gewesen sei. Diese Frage sei schlechterdings zu beurteilen. Die Justizkultur des Reichsgerichts, insbesondere sein Urteil vom 6. April 1891, habe eine Beurteilung des materiellen Wahlrechts als nicht unter § 108 St.-G.-B. fallend erachtet, das preußische Oberverwaltungsgericht habe Band 14 S. 59, Band 27 S. 18, Band 31 S. 8, Band 36 S. 121 in jüngster Progess am

Grußsch festgehalten, daß die rechtshäufige Wählerliste die unabänderliche Grundlage für die Wahl bildet und dem Eintragen, gleichgültig, ob ihre Eintragung zu Recht oder Unrecht erfolgt ist, ein Strafrecht obkommt. Das kann nicht annehmen, daß Anklage sich der Straftat einer Handlung bewußt sei, wenn sie bisher ständig von den höchsten Gerichtshöfen als straflos erachtet wurde. Im Streitfall ist Dr. H. bestrebt gewesen, daß er wie ein Wahlkämpfer oder wie ein Narr gehandelt haben müsse, wenn es im Bewußtsein dessen, daß er Gefängnis bis zu drei Jahren und den Verlust der bürgerlichen Freiheitsrechte verurteilt wurde, auf den Geburten gekommen sein sollte, durch Abgabe einer nach der Natur der Sache nur bedeutsamen Stimme den politischen Krieg zu spielen. Wollen wir ferner zu urtheilen, ob der Angeklagte unzureichend sei, so ist Angesichts der Angestellung zu erkennen, er darf in Berlin nicht wählen, noch mehr in Rostock gewählt habe, so könne es doch schriftlich als ehrgeiziglich zu andern erscheinen, wenn Angeklagter sein Tun und Handeln in einer so fortwährenden Frage nach der Aufstellung einrichtete, die sich dem Parteipunkt entzog und nicht als Unrecht erwies. Die Frage, ob jemand, der mehrere Wahlkreise habe, mehrere Stimmen abgeben könne, werde vielfach in der Justizkultur und wie die Darlegungen des Abg. v. Nordhoff in der Reichstagsitzung vom 16. Mai 1906 vorau, in parlamentarischen und jüdischen Kreisen bejaht. Aber selbst wenn man alle diese Fragen zu ungünsten des Angeklagten entschieden würde, so liege doch noch nicht der Anlaß zu einer ehrenamtlichen Ahndung vor. Denn nicht jede Verurteilung eines Mannes sei ehrenamtlich zu richten. Es habe aber auch der Strafrichter anerkannt, daß beim Einzelnen leichtwohl eine erfolgte Gestaltung zum Vorwurf genutzt werden könnte, daß er unrichtig sich vertrug durch Partei für habe verletzen lassen.

Zu einer ehrenamtlichen Strafe liege am ehesten kein Anlaß vor, als Dr. Herzfeld, wie ebenfalls auch der Strafrichter anerkannt habe, als bisher tabellös geführt, eine geachtete Stellung eingenommt und sich wieder in der Ausübung seines Berufs noch in seinem Privatleben irgend eine Störung gegeben hat.

Der Generalstaatsanwalt konnte in der ehrenamtlichen Verhandlung, die am 30. Mai stattfand, nicht verleugnen, in welchem Verhältnis die strafgerichtliche Beurteilung des Genossen Herzfeld zu dem höheren Rechtsprechung steht, bestätigte aber dennoch Verurteilung mit einem Beweis. Gegen das jüngst erhebliche Urteil legte er Berufung ein. Wohl die höhere Rechtsinstanz die Gründung des ehrenamtlichen Urteils mit Erfolg angesehen, hat ihn bisher Tage verurteilt, bis Verurteilung zurückzuweichen. Das den Genossen Herzfeld gegenüberstehende Gericht ist wohl rechtskräftig geworden. Wenn auch die ihm zu Unrecht auferlegte Strafe verbügt ist und wenn auch formell eine Aufhebung des unrichtigen Strafurteils nicht möglich ist, so ist durch das Urteil des Ehrengerichts doch einwurf frei indirekt bestätigt, daß das gefallene Strafurteil mehr die beurteilt, die es gefällt, als den, der es hat abbüßen müssen. Die „Post“ kann als unfreiwilliger Erfolg ihrer Heze die glänzende Rechtsentscheidung des Genossen Dr. Herzfeld und eine herbe Beurteilung der im Strafverfahren gegen ihn befallenen Wissenschaften verzeichnen. Dieser bei der Schamsschläge eigentlich selbstverständliche Misserfolg der Hintermänner der „Post“ wird freilich sie nicht abhalten, bei jeder Gelegenheit von neuem zu Rechtsbeugungen anzutreten. Apropos: warum verrät der „Post“ Schönhausen noch immer nicht, weshalb wegen der im Reichstag bei Besprechung des Vertrages v. Göde-Brockhausen aufgedeckten Verbrechen der Urkundensäuschung und der Anklage zum Landesverrat Anklage bislang nicht erhoben ist?

Die Heiterethei.

Von Otto Ludwig.

(36 Fortsetzung.)

„Wenn nun das Viehle da im Bett dein Kind wär, oder du hättest ein ander Kind, aber es wär dein?“

„Aber das von deinem Fräulein gefällt mir nicht, daß sie nur ein Kind hat. Da kann sie nicht in den Himmel kommen; das geht hoch hinauf.“

„So?“ sagt der Fritz. „Hat sie nur eins? Das hab ich nicht gewußt. Aber sie kann besser davon laufen, als andere mit zwei.“

„Das ist alles so nützlich,“ meint die Heiterethei. „Aber so nützlich Zeug hab ich ja die ganz Zeit erlebt. Und warum soll ich das nicht glauben? Hab ich doch das ander geglaubt.“

„Aber da kommt gar der Holunderbusch an mein'm Häusle. Wo der nur dem alten Schramm kleinen roten Kirchenrock her hat geklebt! Und er bringt die Balustrade geführt. Wie die gepreßt ist! Das ist auch noch nicht passiert, daß eine alte Frau bei ihrer Tochter ist Brautjungfer gewest. Ach, nimm sie nicht, Fritz! Nimm sie nicht, die Gringelwirts-Eb! Und las mich los, sonst muß ich dich ja drücken, bis du tot wiest, und herzlosen kannst du die Gringelwirts-Eb' nicht mehr freka.“

„Drück mich tot!“ sagt der Fritz, umschlingt sie und legt seinen Mund auf ihren.

„Lass mich los,“ ruft sie zornig und hält ihn doch selber fest. „Da wallt ihr der Stolz und die Scham mit einem Druck vom Herzen ins Gesicht. Sie gibt ihm einen Stoß, daß er weit fortgeschleudert wird, wie damals vom Weißstieg; daß sie selber gegen einen Baum fällt mit dem Kopfe.“

„Wie hat der Baum eine kalte Blöße! Und es ist

saff, als wär's gar kein Baum, als wär's eine Kallwand. Sie tastet daran herum, denn es ist plötzlich Nacht geworden; nur ein kleiner blasser Raum dort gegenüber ist etwas heller! sonst ist die ganze Gegend finster um den Garten herum.

„Ja, es ist eine Wand, an der sie sitzend lehnt. Der Boden unter ihr ist weich, wie ein Bett. Neben sich hört sie einen leisen Atem. Sie fühlt, sie ist im bloßen Hemde. Die Scham brennt ihr immer heißer im Gesicht. Der Fritz hat sie geküßt! Und wie hat sie mit ihm geredet! War sie denn das selber? So kann sie ja nicht gesprochen haben! Von einem Manne kann sie sich ja nicht haben lassen! Aber sie fühlt ja noch den Druck, mit dem sie ihn an sich preßte, an ih'r Brust. Sie fühlte seine Wärme noch auf ihrem Rücken, das Gefühl noch, das sie vorher nicht gekannt, in ihrem Herzen.“

„Und doch gehört der leise Atem neben ihr dem Viehle. Der vierfüige Raum, der etwas heller erscheint, als die übrige Umgebung, ist ihr Kammerfenster. Sie sitzt in ihrem Bett. Es kann doch wohl noch gar nicht wieder Tag gewesen sein, seit sie zum letztenmal einschlief. Ob das ein Traum gewesen ist? Ja, so hat sie sich das Träumen immer gedacht, daß man tun und leiden müßte, was man wachend nicht täte und nicht litte.“

„Wie wär das gut! Da wär auch das nicht wirklich, daß der Fritz die Gringelwirts-Eb' freite. Denn das könnte sie nicht ertragen. Aber auch, daß er sie, die Heiterethei, lieber hätte, wär dann nur ein Traum. Und das muß sie wiederum schmerzen.“

„Wenn sie von neuem einschlief, träumte sie vielleicht so weiter fort, und die seltsame Angst, die sie noch wachend hat, würde noch größer werden, und wer weiß, was sie noch täte im Traum! Und ihr Gesicht brennt noch über das, was sie schon getan. Was muß der Fritz nur denken von ihr? Was werben die Weiber nun erst reden!“

Soziales und Parteileben.

Der Hafenarbeiterstreik in Stettin wird von den Hafenarbeitern in verminderter Energie weitergeführt. Auch die Arbeiter haben sich in einer neuen Versammlung mit dem Streik beschäftigt. Es wurde betont und lebhaft behauptet, daß sich in letzter Zeit noch einzelne Seefahrer haben bereit finden lassen, über die hoffnungslos zehnplätzige Arbeitszeit hinaus zu arbeiten. Daraus sei ein Klugblatt herausgegeben worden, das den Hafenarbeitern genüge Dienstleben für ihr Verhalten gibt. Hoffentlich werde nun auch danach gehoben und den läufenden Arbeitsteilnehmern nicht mehr in den Rücken fallen werden. — Das von dem Reederverband herausgegebene Blatt ist auch an den Anschlagspälen zu sehen, haben die Hafenarbeiter sofort mit einem Schild aufgestellt, sofern es geht:

„Arbeiter Stettin!“

Lebt Euch nicht durch die öffentliche Aufsorberung des Schwerpunkt der Reeder an den Anschlagspälen, sowie durch die vielen Anhänger in den Beziehungen befinden und sollt Euren standenden Arbeitgeber über nicht in den Rücken, dann den freien Hafenarbeiter kann nicht zugemessen werden, mit den Arbeitswilligen zusammenzutreffen.

J. A.: Die Streikkommission.“

Die Zahl der Arbeitswilligen nimmt jetzt auch nicht mehr zu, sondern vollendet sich von Tag zu Tag! Auf dem Motorsegler „Wasser“ logieren nun noch einige dreifig Männer. Die übrigen sind wieder in ihre Heimat zurückgekehrt. Es wird deshalb von den Streikbezirksagenten mit Hochdruck gearbeitet. Wie wenig Glück sie aber haben, zeigt ein Beispiel, von dem der Reeder Reylaff betroffen wurde. Sein Agent hatte unter Vorwegnahme falscher Unterschriften 18 Schläger geselle in Berlin nach Stettin geschafft. Um sie für sich zu gewinnen, hatte er sie auf der Reise stell leben lassen. Bis nun aber die 18 Männer in Stettin waren, daß sie Streikarrest verübt werden sollten, verweigerten sie dies und verlangten, auf Kosten des Schiffsbanket wieder nach Berlin zurückgeschafft zu werden. Wohl oder übel mußte der Reeder sich dazu verstellen und soll ihnen diese Sprachfahrt verhindern haben. — Im Freihafen herrscht nahezu täglich eine feierliche Stille. Das Löschfeuer der Schiffe geht bei der kleinen Anzahl von Arbeitswilligen nur langsam von statten. Der Dampfer „Uton“ liegt bei plötzlich Wasser über drei Wochen mit einer Ladung Eis im Hafen und ist noch immer nicht vollständig gelöscht. Bei den Ausflugswagen war es üblich, diesen Dampfer innerhalb von fünf Tagen zu lösen. Von den Reedern wird ja auch selbst gegeben, daß der Stettiner Schiffsservice einen Löschzug zu Schlag erlitten hat und daß es jahrelange Arbeit von Seiten der Arbeitgeber bedürfen wird, um den durch den Streik entstandenen Schaden zu verhindern. Die Konjunktur für Stettin war infolge des niedrigen Wassersstandes der Elbe eine vorzügliche. Da sie infolge des Streiks nicht ausgenutzt werden konnte, haben die Reederei kostlose Verschüttungen erlitten.

Einen Bibliothekar angestellt haben auch die Stettiner Gewerkschaften. Als solcher wurde von 62 Bewerbern Genosse Honroth. Nach gewählt.

Die Gründung einer „Freien Volksbühne“ hat dieser Tage die Wiener Arbeiterschaft vollzogen. Von Burgtheater-Direktor Dr. Paul Schleicher und mehreren anderen Direktoren und Schriftstellern lagen Begrüßungsschreiben vor. Der Schriftsteller Hermann Boehr telegraphierte: „Ich begrüße herzlich die Volksbühne als letzte Hoffnung in unserer Kunstversammlung“. Die Großen Berliner Stifter, Binzky, Hueber und mehrere andere wurden in den Vorstand gewählt.

Deutsche Rechtszustände. Nachdem wegen Abdruck des Maggedichts von Leoa Hohly die Breisacher „Volkswacht“ beschlagnahmt und Genosse Klühs verhaftet

Sie weint vor Entrüstung über sich selbst, daß sie die Gefühle nicht wieder los werden kann, ja nicht los werden möchte, um alles nicht!

„Ich will nichts vom Fritz,“ sagte sie laut. „Mag er die Gringelwirts-Eb' freien. Ich mag ihn nicht! Ich mag keinen! Und so ist's, und nu ist's fertig.“ Sie kann sich zwingen, so zu reden, aber nicht, daß sie so fühlt, wie sie spricht. Sie wird aus sich selber nicht klug.immer wieder verwechselt sie Traum und Wirklichkeit. Sie weiß nicht, wo der eine aufhört und die andere beginnt.

„Sie sieht aus dem Fenster, um sich zu kühlen; die Lust scheint ihr so hell, als ihr Gesicht.“

„Wenn ich haben ging,“ sagte sie zu sich, „dann muß's anders werden.“

Das Viehle, das weiß sie, wacht vor dem Morgen nicht wieder auf. Sie zieht sich an. Denkt sie ihrer Empfindungen, wie der Fritz gefragt: „Wenn du ein ander Kind hättest, aber es wär dein?“ da schmerzt sie das in der Seele des kleinen Viehles, als hätte sie's verlängern wollen. Sie bittet's den Schlafenden ab. Dann eilt sie dem Bade zu.

Und wie sie nun an der heimischen Stelle steht, wo sie so oft um diese Nachtzeit gebadet, da kann sie's nicht über sich gewinnen, nur das Halstuch abzulegen. Sonst entkleidete sie sich so unbefangen wie ein Kind und läßt sie sich in die kühle Luft. Und nun — sie weiß, es sieht sie niemand —, dennoch kann sie sich nicht entkleiden. Sie schaut sich vor den Bäumen, vor dem Himmel, vor dem Wasser, vor der Nacht und vor sich selbst.

Hat sie denn etwas Viehles getan?

Denkt sie der Gringelwirts-Eb', so schürt's ihr die Seele zu. Da sieht sie; die vertraute Kleie lockt sie mit tausend heimlichen Lauten, sich hineinzufügen, wie sie geht. Ein letzter Windstoß erschreckt sie; er sucht sie sich in sich selber zu versiedeln, dann sieht sie heimwärts wie ein schones Vieh.

Hat sie der erste Traum so ganz geändert? Sonst

worden war, hat nachträglich auch die „Frankfurter Volksstimme“ dasselbe Gericht zum Abdruck gebracht. Deshalb hatte sich nun der verantwortliche Rechtsanwalt, Genosse Sandner, vor der dortigen Strafammer zu verantworten. Der Nachdruck aus beschlagnahmten Schriften ist verboten und der Staatsanwalt beantragte 150 Ml. Geldstrafe. Das Gericht erlaunte auf 60 Ml. Geldstrafe. Das Vorsitzende führte aus, daß die Strafammer das Gericht auch auf seinen Inhalt geprüft habe. Sie könne nichts Strafbares in ihm finden, namentlich nicht unter dem Gesichtspunkte der Aufreitung. In Breslau dagegen ist das Gericht für sehr aufreibend befunden worden und schlußt wurde zu drei Monaten Gefängnis verurteilt.

Zum Parteiprogramm ist vom Kommunistischen Arbeiterbildungsverein zu London an den Parteitag in Mannheim folgender Antrag gestellt worden:

Der Kampf der Arbeiterklasse gegen die kapitalistische Ausbeutung ist notwendigerweise ein politischer und ökonomischer Kampf. Politisch, weil die Arbeiterklasse ihre ökonomischen Kämpfe nicht führen und ihre ökonomischen Organisationen nicht entwickeln kann ohne politische Rechte. Sie kann den Übergang der Produktionsmittel in den Besitz der Gesamtheit nicht bewirken, ohne in den Besitz der politischen Macht gekommen zu sein. Ökonomisch, weil die Arbeiterklasse kein Mittel unverzüglich lassen darf, um ihre soziale Lage nach Kräften zu heben.“

Zur Begründung desselben gibt jetzt Genosse B. Weingart in London im „Vorwärts“ folgende Ausführungen:

Nach unserem Parteiprogramm ist der Kampf der Arbeiterklasse gegen die kapitalistische Ausbeutung notwendig ein politischer Kampf. Und zwar erstens deshalb, weil „die Arbeiterklasse ihre ökonomischen Kämpfe nicht führen und ihre ökonomische Organisation nicht entwickeln kann ohne politische Rechte“, und zweitens deshalb, weil die Arbeiterklasse „den Übergang der Produktionsmittel in den Besitz der Gesamtheit nicht bewirken kann, ohne in den Besitz der politischen Macht gekommen zu sein“. Nach meinem Dafürhalten enthält unser Parteiprogramm trotz seiner Präzision und Klarheit eine Lücke an dieser Stelle. Man sucht vergeblich nach einem Grunde, warum der Kampf gegen die kapitalistische Ausbeutung „notwendig“ ein politischer sein muß. Nach dieser Redewendung hat es tatsächlich den Anschein, als wenn der Klassenkampf überhaupt „notwendig“ ein politischer sei, und aus diesem Grunde könnte man auch in Versuchung geraten, den Ruf nach einer „gewerkschaftlichen Theorie“ für notwendig zu halten, um so auch dem wirtschaftlichen Kampfe ein Platzchen im Klassenkampfe einzuräumen. Nur halte ich aber eine „neue gewerkschaftliche Theorie“ für eine Utopie, weil eben der Klassenkampf kein einseitig politischer oder wirtschaftlicher ist. Auf die Dauer ist der ökonomische Klassenkampf ohne den politischen ebenso wenig möglich, wie anderseits auch der einseitig politische Klassenkampf einfach auf die Dauer unmöglich ist. England ist das beste Beispiel für diese Behauptung. Die englische Arbeiterklasse hat den Klassenkampf Jahrzehntelang nur auf ökonomischem Gebiete gekämpft, aber die Verhältnisse zwangen die Arbeiter, diese einseitige Kampfsmethode aufzugeben, weil man sehr bald einsah, daß der Kampf gegen die die „kapitalistische Ausbeutung“ mit allen Mitteln und auf allen Gebieten geführt werden muß. Ohne Zweifel hat der ökonomische Kampf seine Grenzen, und gerade dies beweist uns England, daß klassische Land der gewerkschaftlichen Organisationen. Trotzdem die englische Arbeiterklasse nur den ökonomisch organisierten Klassenkampf anwandte, stellte sie fortwährend politische Forderungen, die sie vom Staat verhindert haben wollte. Da aber der englischen Arbeiterklasse eine selbständige und zielbewußte politische Organisation fehlt, um hinter diese Forderungen die nötige Macht zu setzen, gerieten die Arbeiter ins Schleppen der Liberalen. Dieser Zustand hatte die englische Arbeiterklasse in den letzten 15 Jahren zur vollständigen Machtlosigkeit verurteilt und blieb sogar nicht ohne sible Folgen auf die ökonomischen Organisationen. Das ist auch der Grund, weshalb die politische Bewegung der englischen Arbeiterklasse augenscheinlich so erschaulich und gewaltige Fortschritte macht. Und diese Bewegung treibt in den Sozialismus. Der Sozialismus ist die Rettungspläne der englischen Gewerkschaften geworden. Die Rollen sind vertauscht. Richten früher die englischen Arbeiter ihre ganze Aufmerksamkeit auf den ökonomischen Kampf, so besteht jetzt tatsächlich die Gefahr, daß die Ausbreitung und Vertiefung des ökonomischen Kampfes auf Kosten des „Nur-politischen-Kampfes“ vernachlässigt

fürchtet sie niemanden. Aber es ist auch nicht die Furcht vor fremder Stärke; die Furcht vor der eigenen Schwäche ist's. Und diese hat sie noch vor einer Stunde nicht gekannt.

Das erste Rot des jungen Morgens glüht ihr aus dem kleinen zerbrochenen Spiegel entgegen, als sie, heimgekehrt, atemlos wieder in ihre Schlaframmer tritt. Sie sieht nach dem Kind. Das war doch aufgewacht während ihrer Abwesenheit. Es hatte sich aufgesetzt und geweint; das fühlte sie an der Bettdecke, wo sein Köpfchen lag; dann war es, im Szenen wieder eingeschlummert, mit dem Oberleibe nach vorn gesunken. Ihr war's als könnte das Lied über nichts geweint haben, als über sie selber. Sie kniete an das Bett hin und schlang den einen Arm leise um das Kind.

„Glaub mir's doch nur, Bieele,“ sagte sie zu der Schlaframmer, aber flüsternd, um sie nicht zu wecken, „ich lass' dich gewiß nicht, so lang ich lebe. Ich brauch kein Kind weiter, als dich. Und ich werd auch gewiß nicht schlecht. So was, wie vorhin, tu ich gewiß nicht, wenn ich bei mir bin, das glaub mir nur, Bieele; und die Mutter selig vom Himmel wird helfen, daß ich's auch nicht im Traum wieder muß tun.“

Die gute Natur des Holders Fritz hatte unterdessen seine Krankheit überwunden. Er durfte wieder an die freie Luft. „Ja,“ sagte er, als er auf einem Stuhle in seinem Stadlgarten saß, „es ist doch toll, wie alles will gelernt sein, auch das Kreuzlein, und hernach auch das Wiedergesessen. Ja, wenn man läuft und redt und hantert, da denkt man gar nicht, daß man jedes Wörter und jede Bewegung erst hat einzeln auswendig müssen lernen, wo man jetzt gar nicht mehr draußen denkt, daß man sie will machen, als wenn's halt vor selber geschah. Und wenn ich wieder gehabt bin,

wird. Die Sozialisten Englands haben augenscheinlich eine sehr verantwortliche Stellung. Aus dem Gesagten geht deutlich hervor, daß „Sozialdemokratie und Gewerkschaften“ eins sind und eins sein müssen. Die eine Bewegung ohne die andere ist einfach unmöglich; sie ergänzen sich im Kampf. Beide Bewegungen können vielleicht eine Zeitlang getrennt marschieren, aber nur um dann schließlich vereint zu schlagen. Die gewerkschaftliche Aufgabe ist gestellt innerhalb der heutigen Gesellschaft, die Gewerkschaften kämpfen für die Verbesserung von Lohn- und Arbeitsverhältnissen. Über dieser Kampf hebt die Lohnarbeit nicht auf, Unterdrückung und Unterjochung bleiben bestehen. Es ist die Aufgabe des Sozialismus, die Klassegegenseite zu besiegen und damit den Klassenkampf selbst aufzuheben. Jeder überzeugte Gewerkschaftler muß deshalb auch überzeugter Sozialdemokrat sein und umgekehrt. Aus allen diesen Gründen halte ich den Satz, wonach: „der Kampf der Arbeiterklasse gegen die kapitalistische Ausbeutung notwendigerweise ein politischer Kampf“ sein muß, nicht für einwandfrei, ja, für irreführend. Er erweckt den Anschein, als sei der wirtschaftliche Kampf kein Zweig des Klassenkampfes. Aber der Satz verzögert sich auch nicht mit den folgenden Sätzen: „Die Arbeiterklasse kann ihre ökonomischen Kämpfe nicht führen und ihre ökonomischen Organisationen nicht entwickeln ohne politische Rechte. Sie kann den Übergang der Produktionsmittel in den Besitz der Gesamtheit nicht bewirken, ohne in den Besitz der politischen Macht gekommen zu sein. Ökonomisch, weil die Arbeiterklasse kein Mittel unverzüglich lassen darf, um ihre soziale Lage nach Kräften zu heben.“

Zur Begründung desselben gibt jetzt Genosse B. Weingart in London im „Vorwärts“ folgende Ausführungen:

Nach unserem Parteiprogramm ist der Kampf der Arbeiterklasse gegen die kapitalistische Ausbeutung notwendig ein politischer Kampf. Und zwar erstens deshalb, weil „die Arbeiterklasse ihre ökonomischen Kämpfe nicht führen und ihre ökonomische Organisation nicht entwickeln kann ohne politische Rechte“, und zweitens deshalb, weil die Arbeiterklasse „den Übergang der Produktionsmittel in den Besitz der Gesamtheit nicht bewirken kann, ohne in den Besitz der politischen Macht gekommen zu sein“. Nach meinem Dafürhalten enthält unser Parteiprogramm trotz seiner Präzision und Klarheit eine Lücke an dieser Stelle. Man sucht vergeblich nach einem Grunde, warum der Kampf gegen die kapitalistische Ausbeutung „notwendig“ ein politischer sein muß. Nach dieser Redewendung hat es tatsächlich den Anschein, als wenn der Klassenkampf überhaupt „notwendig“ ein politischer sei, und aus diesem Grunde könnte man auch in Versuchung geraten, den Ruf nach einer „gewerkschaftlichen Theorie“ für notwendig zu halten, um so auch dem wirtschaftlichen Kampfe ein Platzchen im Klassenkampf einzuräumen. Nur halte ich aber eine „neue gewerkschaftliche Theorie“ für eine Utopie, weil eben der Klassenkampf kein einseitig politischer oder wirtschaftlicher ist. Auf die Dauer ist der ökonomische Klassenkampf ohne den politischen ebenso wenig möglich, wie anderseits auch der einseitig politische Klassenkampf einfach auf die Dauer unmöglich ist. England ist das beste Beispiel für diese Behauptung. Die englische Arbeiterklasse hat den Klassenkampf Jahrzehntelang nur auf ökonomischem Gebiete gekämpft, aber die Verhältnisse zwangen die Arbeiter, diese einseitige Kampfsmethode aufzugeben, weil man sehr bald einsah, daß der Kampf gegen die die „kapitalistische Ausbeutung“ mit allen Mitteln und auf allen Gebieten geführt werden muß. Ohne Zweifel hat der ökonomische Kampf seine Grenzen, und gerade dies beweist uns England, daß klassische Land der gewerkschaftlichen Organisationen. Trotzdem die englische Arbeiterklasse nur den ökonomisch organisierten Klassenkampf anwandte, stellte sie fortwährend politische Forderungen, die sie vom Staat verhindert haben wollte. Da aber der englischen Arbeiterklasse eine selbständige und zielbewußte politische Organisation fehlt, um hinter diese Forderungen die nötige Macht zu setzen, gerieten die Arbeiter ins Schleppen der Liberalen. Dieser Zustand hatte die englische Arbeiterklasse in den letzten 15 Jahren zur vollständigen Machtlosigkeit verurteilt und blieb sogar nicht ohne sible Folgen auf die ökonomischen Organisationen. Das ist auch der Grund, weshalb die politische Bewegung der englischen Arbeiterklasse augenscheinlich so erschaulich und gewaltige Fortschritte macht. Und diese Bewegung treibt in den Sozialismus. Der Sozialismus ist die Rettungspläne der englischen Gewerkschaften geworden. Die Rollen sind vertauscht. Richten früher die englischen Arbeiter ihre ganze Aufmerksamkeit auf den ökonomischen Kampf, so besteht jetzt tatsächlich die Gefahr, daß die Ausbreitung und Vertiefung des ökonomischen Kampfes auf Kosten des „Nur-politischen-Kampfes“ vernachlässigt

Kampf in verschärfter Form fortzusetzen, wenn die Brauer ein nicht um 1 Ml. heruntergehen und die Gastwirte nicht ein Glas Bier zu 14 Pfennige, zwei Glas Bier zu 27 Pfennige verkaufen wollen.

Merkwürdiger Freispruch. Das Oberkriegsgericht des 18. Infanterieregiments in Frankfurt a. M. fällte am 13. September ein Urteil, das gezeigt ist, Aufsehen zu erregen. Der Gefreite Otto Stecher von der 2. Kompanie des 88. Infanterie-Regiments, gegen den eine Waterfallklage angestrengt war, hatte einem Schaffner 400 Mark versprochen, wenn er vor Gericht aussage, daß Mädchens habe auch mit ihm, dem Schaffner, gleichzeitigen Umgang gehabt. Auf die Anzeige des Schaffners wurde der Gefreite wegen versuchter Verleumdung zum Reinhard zu zwei Jahren Buchthaus verurteilt. In der Verurteilung erkannte das Oberkriegsgericht auf Freiheitsspruch. Das Gericht nahm an, der Angeklagte habe glauben können, daß der Schaffner doch etwas mit dem Mädchen gehabt habe, obwohl das in Wirklichkeit nicht der Fall war.

Goch Byanz! In der bürgerlichen Presse ist folgendes Geschreibsel zu lesen: „Der Kronprinz im Maibaum. An den Maibaum des Gardekorps in der Brüggen nahmen bekanntlich der Kronprinz sowie die Prinzen Eitel Friedrich und August teil. Die dortigen Blätter sind voll von Einzelheiten aus dem Maibaumfest, und namentlich fehlt es nicht an hübschen Bildern von der großen Lebhaftigkeit des Kronprinzen, der überall den Mittelpunkt lebhafter Ovationen der Bevölkerung bildete. So berichtet das „Wittenberger Intelligenzblatt“ aus Wittenberg: „Als der Kronprinz nach dem Besuch seines Bruders Eitel mit dem Automobil vor der Dänischen Villa hielt, fragte er einen der dort siebenden Jungen: „Sage mal, kennst Du meinen Bruder und weißt Du, wo er in Quartier liegt?“ Prompt erfolgte die Antwort: „Ich kenne Sie ja gar nicht!“ Darauf der Kronprinz: „Weißt Du nicht, wo Prinz Augustwohn?“ „Zwölf, das weiß ich,“ sagte der Junge. Hugo wurde er in das Automobil gehoben, mustete dem Chauffeur den Weg zeigen und die Fahrt mitmachen. Als der Kronprinz durch das Dorf Strehlen bei Karstädt ritt, stand da ein Blümlein mit verbundenem Kopf, zog aber sein Kleppchen hoch herab und rief Hurra. „Nun, mein Sohn, was hast Du denn an Deinem Kopf gemacht?“ fragte teilnehmend der Kronprinz und der Junge erwiderte prompt: „Da hat mir mein Vater mit'a Brantwurstbubbel schmetten.“ Bei der Automobilfahrt durch die Straßen Berlebergs ereignete es sich, daß das unbewußtigte Pferd eines Bäckermeisters vor dem Wagen des Kronprinzen in gefährlicher Weise davoletzte. Das Automobil wurde sofort zum Stillstand gebracht, aber auch der Durchbrenner fast gleichzeitig durch einen mutig hinzuspringen Gardisten wieder angehalten und dadurch alle Gefahr beseitigt. Erfreut über diesen glücklichen Ausgang, ließ der Kronprinz den Ritter herantreten und überreichte ihm unter freundlichen Dankesworten ein Zehnmarkstück. Auf der Dötzower Feldmark veranlaßte der Kronprinz einen Ackermann, vom Pflug zurückzutreten, ergriff selbst die Pflugschar und pflügte hinter den Pferden den Feldstreifen einmal herunter.“ — Eine solche Kost mag politischen Waschweibern munden — ein denkender Mensch verachtet sie!

Ein schlechtes Weinjahr ist heuer in Wittenberg zu erwarten. In den Weinbergen steht es trostlos aus.

Literarisches.

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, Paul Singer) ist soeben das 51. Heft des 24. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalte des Heftes heben wir hervor: Schwarzeher. — Mannheim. Von A. Bebel. — Englische und preußische Bergarbeiterverhältnisse. Von Otto Hue. — Das ostpreußische Landpöblettariat und die Sozialdemokratie. Von O. Braun (Königsberg). — Wahlrechtsbewegung und Massenstreik. Von O. Arons. — Klassenkampf und Massenstreik. Von Herm. Fleischner. — Zur theoretischen Durchbildung der Arbeiterklasse. Von Otto Forster, Schuhmacher. — Jugendziehung und Sozialdemokratie. Von Hermann Damml (Hamburg). — Partei und Religion. Von Georg Röller (Tachau). — Die „Neue Zeit“ erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postanstalten und Postorte zum Preise von 3.25 Ml. pro Quartal zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur pro Quartal abonniert werden. Das einzelne Heft kostet 25 Pfz. Probenummern sieh zu jederzeit zur Verfügung.

hernach werden ich's auch nicht begreifen, daß ich erst ins Gefundsein gar nicht recht hab hinein kommen, und daß ich's erst wieder hab müssen lernen. Es heißt, wer gesund wäre, der tät nicht wissen, daß er einen Magen hat. Da möcht' ich meinen, er müßt' auch nicht wissen, daß eine Sonne ist und ein Himmel und Gras und Bäume. Zugund split ich das alles wie ein Kräuter seinen Blätten. Die Bäume drücken mich, der Himmel ist, als wenn er sich auf mich legen wollt oder schon lüg mit seiner schrecklichen Blauheit, und das grüne Gras, das benimmt mir ordentlich den Darm, so grün ist's. Das Lüftle vom Kreuzberg her, da ist's, als müßt ich mich dagegen stemmen, und die Himmelba macht mich bis in den Magen hinein konfus. Das ist verwüstet; jedes Steinle, wo da liegt, und jedes Rückle, das sich seine Flügel pust, und jeden Grashalm spür ich einzeln. Da sieht man erst recht, was das für dumas Zeug mit dem Bildun ist gewüst. Gegen das da hessen die Fäuste mir, da kann man sich nur mit den Gedanken erwehren. Und wenn einer kein Bild kann röhren, so kann er doch ein ganzer Mann sein und ein rechter dazu. Den Mann macht's, daß einer drast und bleibt ganz ruhig fest auf dem, was er einmal hat gejagt.“

Fritz sah er seine Großmutter vor sich stehen. Sie weinte.

„Was weint Ihr denn, Fräule?“ sagte der Fritz.

Die Alte schluchzte: „Ach du lieber Gott, du arm Fräule! daß du nu wieder dasig'rt und bist gesund, das dauert mich so.“

Es ist eigen, oft fühlen wir das Mittelid erst recht, wenn der Grund dazu schon hinter uns liegt. Das glückliche Lächeln, mit dem ein Armer die geschenkte Suppe ist, röhrt uns viel tiefer, als vorher der Hunger aus seinem Gesicht. Vielleicht, weil wir nun erst an dem Glücke der Besiedlung den Schmerz des vorhergegangenen Entbehrungs er-

messen. Oder weil uns das gegenwärtige Leid zu sehr erschreckt, als daß wir den Mut hätten, seiner Mitempfindung uns hinzugeben.

„Ihr seid ein dum's Fräule“, sagte der Fritz. — „Habt Ihr das nu fertig gemacht, da mit, der — Ihr wißt schon, was?“

„Nach mir erst, daß du wieder stark bist und keinen Besuch kommt abschaffen.“

„Weiter seht wir?“ fragte der Fritz. „Unb sie wissen, daß ich auf die Eb' gepasst hab, ob ich sie allein könnt sprechen?“

„Fröhlich, Fröhle, fröhlich“, entgegnete die Alte. „Es ist aber doch närrisch mit den Menschen. Guck, sag mir einmal, Fröhle, hast du dich einmal recht gewundert, daß bei dir aufgeräumt ist gewest in der Werkstatt?“

„Ihr meint, in der alten Zeit?“ So nannte der Fritz die Zeit vor seiner Aenderung.

„Ja“, entgegnete die Großmutter.

Dem Fritz fiel's ein. „Ihr habt einmal heimlich das Zeug 'reingeräumt, weil Ihr gemeint habt, ich werde wild, wenn ich's weiss. Damals bin ich auch wild gewest; ich hab mir können finden.“

„Ja,“ meinte die Alte, „glaub's wohl; weil du unter den Spären und in allen Ecken hast deine Sach' aufgehoben gehabt. Wenn du dein Bett nicht erst eine halbe Stund' hast vergebens müssen suchen, da hast du gemeint, es schneidt nicht.“

„Ja“, sagte der Fritz. „Es ist den Morgen nach dem letzten Gründer Markttag gewest, wo ich — Ihr wißt schon, was; ich denkt nicht gern an die alt' Zeit. Im Anfang bin ich wild gewest, daß ich die Sachen dort hab müssen suchen, wo sie haben hingehört. Auch die Stadtstürze ist angelehnt gewest.“

(Fortsetzung folgt.)